

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon** 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4598

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter beendet.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der erneuten Abstimmung der Elektrizitätsarbeiter, die gestern im Laufe des Tages stattfand, wurden für die Wiederaufnahme der Arbeit 691, für die Fortsetzung des Streiks 989 und ungültig 11 Stimmen abgegeben. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Fortführung des Streiks ist nicht erreicht worden und somit der Streik beendet. Der Vorstand des Verbandes der Maschinen- und Heizer erläßt deshalb folgende Erklärung:

„Nachdem in der gestrigen Funktionärssitzung der Streikenden beschlossen wurde, erneut eine Abstimmung über das letzte Angebot vorzunehmen, hat diese im Laufe des Tages stattgefunden. Es wird dann das oben erwähnte Ergebnis festgestellt. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Fortführung des Streiks ist hiermit nicht erreicht und somit der Streik beendet. Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit mit der Direktion sind bereits durch die Betriebsratsmitglieder eingeleitet. Wir fordern hiermit alle Kollegen auf, die Arbeit sofort und geschlossen wieder aufzunehmen, wie sie sie niedergelegt haben. Im Interesse aller beteiligten Kollegen hat der Verbandsvorstand alles aufgeboten, die Bewegung zu einem ordentlichen Abschluß zu bringen. Kollegen! Weist alle Verdrehungen und Verdrängungen unverantwortlicher Personen zurück und haltet fest an eurer Gewerkschaft. Der Verbandsvorstand (Unterschrift): Kieße, Schlichting.“

Die Rathaus-Fraktion der USP. hat in ihrer gestrigen Sitzung sich mit dem Streik der städtischen Arbeiter beschäftigt. Sie gab der Meinung Ausdruck, daß bei der heutigen Zusammenkunft der Gemeinde die Möglichkeiten für eine friedliche Verständigung nicht entfernt erschöpft worden sind und daß deshalb der Streik nach keiner Richtung hin als gerechtfertigt erachtet werden kann. Die Fraktion erhebt aber den schärfsten Protest gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, die sowohl das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden wie auch das Koalitionsrecht der Arbeiter verletzt.

Im Vorwärts veröffentlicht der Vorstand des Bezirks Berlin der SPD. folgenden Aufruf:

„Betriebsräte, Arbeiter, Parteigenossen! Die Kommunistische Betriebsrätezentrale in der Münzstraße will die Betriebsräte Groß-Berlins zu Sonntag, den 14. November, zu einer Versammlung einladen, in der sie einen Generalstreiksbeschluss durchdrücken will. Für die auf dem Boden der SPD. stehenden Betriebsräte gelten nur die Beschlüsse der Gewerkschaften und unserer Partei. Wir fordern daher die Betriebsräte auf, der Versammlung der Münzstraße fernzubleiben. Einer von dort ausgehenden Generalstreikparole wird die Arbeiterklasse sich mit allen Mitteln, erforderlichenfalls auch mit Gewalt, widersetzen.“

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Infolge der Wiederaufnahme der Arbeit war bis auf den Stadtteil Moabit Berlin gestern wieder voll mit Licht beleuchtet. Die Straßenbahnen haben in den Morgenstunden den Betrieb noch nicht voll wieder aufgenommen. Einzelne Linien verkehren jedoch bereits, und im Laufe des Vormittags soll der gesamte Betrieb wieder aufgenommen werden. Zwischen den Funktionären der Straßenbahner und der Direktion der Straßenbahn fanden erneut Besprechungen statt. Dabei erhoben die Straßenbahner die Forderung der Bezahlung der Streiktage und verlangten Klarheit über die beabsichtigte Maßregelung einiger Kollegen. Erst gegen 11 Uhr nachts konnte eine Einigung erzielt werden, auf Grund deren der Betrieb eine Weile wieder aufgenommen wird. Die Frage der Bezahlung der Streiktage und die Frage der Maßregelung wird vom Magistrat in gesonderten Verhandlungen zum Austrag gebracht werden, da die Direktion nicht befugt ist, selbständig Beschlüsse zu fassen.

### Der Bergarbeiterverband gegen die Scheinsozialisierung der Stinnes und Konforten.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Freiheit veröffentlicht ein Telegramm des Bergarbeiterverbandes aus Bochum, in dem es heißt: „Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt in Uebereinstimmung mit dem Gesamtvorstand: Die Beschlüsse unserer maßgebenden Organisationsvertretungen und der einstimmige Beschluß des internationalen Bergarbeiterkongresses, der in Genf stattfand, fordern die Sozialisierung des Bergbaues. Der Vorschlag der Unterkommission des Reichswirtschaftsrates, kleine Aktien auszugeben, ist eine plumpe Fälschung des sozialistischen Gedankens und läuft auf eine Verklärung des Privateigentums hinaus. Der Verbandsvorstand verlangt daher von allen Verbandemitgliedern, daß sie die Stinnes-Silberbergischen Vorschläge betreffend keine Aktien oder einen ähnlichen Plan, energisch bekämpfen. Andernfalls würden die in Frage kommenden Kameraden gegen die Beschlüsse ihrer Organisation handeln und müßte daraus die einzig richtige Folgerung gezogen werden.“

### Die bürgerliche Presse als Schützer der Schieber.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Vor einigen Monaten hatte die Polizei in einigen Berliner Hotels umfangreiche Untersuchungen wegen Wucherer-

schicks anstellen lassen. Es war auch zur Verhaftung eines Direktors des Edenhotels gekommen. Die bürgerliche Presse hat damals in voller Einmütigkeit nicht etwa gegen die Wucherpreise des Hotels, sondern gegen die Polizei Stellung genommen. Wahrscheinlich in der Furcht, sonst das so bedeutsame Inseratengeschäft der Hotels zu verlieren. Nunmehr stellt sich heraus, daß die Polizei wahrscheinlich mit voller Berechtigung vorgegangen ist. Das Wuchergericht ist nämlich über den Antrag des Staatsanwaltes noch weit hinausgegangen und hat die sofortige Eröffnung des Verfahrens gegen den Direktor des Edenhotels angeordnet und den Termin schon auf den 10. November festgesetzt. Der Hoteldirektor Brandt ist so schwer belastet, daß auch der Haftbefehl gegen ihn aufrechterhalten wird. Der gesamte Betrieb des Edenhotels, soweit er sich auf die Verpflegung der Gäste bezieht, ist vorläufig einzustellen, so daß der Hotelbetrieb sich auf Ueberlassung der Zimmer zu Wohnzwecken beschränkt und jede Verpflegung auch der Hotelgäste mit irgendwelchen Speisen und Getränken ausnahmslos unterbunden ist. Die bürgerliche Presse steht diese neue Wendung der Affäre mit großer Verlegenheit an, da sie sich nunmehr ihrer Leserschaft gegenüber wird rechtfertigen müssen, weshalb sie in so unerhörter Weise die Schieber und wuchertreibenden Hotels in Schutz genommen hat.

### Einigung zwischen Italien und Südlawien.

Rom, 11. November. Stefani meldet aus Santa Margherita, daß die auf der Konferenz der italienischen und südlawischen Delegierten gefassten Beschlüsse für Italien in jeder Hinsicht befriedigend sind. Die julische Grenze wird den Schmeberr einbezogen und bis an den unabhängigen Staat Fiume reichen. Die übrigen Fragen wurden kurz berührt und werden heute weiter besprochen werden.

Santa Margherita, 11. November. (Stefani.) Die südlawische Abordnung erklärte, die italienischen Vorschläge als gerecht anerkannt zu haben. Die Annahme dieser Vorschläge bildet eine feste und dauerhafte Grundlage für eine italienisch-südlawische Entente und Freundschaft. Der verständliche Geist der Abordnungen beider Länder sichert den zukünftigen Frieden in Mitteleuropa und auf dem Balkan.

Rom, 11. November. (U.) Die Einigung über das Abkommen zwischen Italien und Südlawien wird amtlich bestätigt. Giolitti wird nach Rapallo reisen, um das Abkommen zu unterzeichnen.

### Das tschechisch-jüdislawische Militärbündnis.

Prag, 11. November. Im Einvernehmen mit der südlawischen Regierung veröffentlicht die tschechisch-slawische Regierung den Text der mit der südlawischen Regierung abgeschlossenen Konvention. Darin heißt es: Im Falle eines unprovozierten Angriffs seitens Magyars gegen eine der vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich die andere, zur Abwehr der überfallenen Partei beizutragen. Keine der beiden vertragsschließenden Parteien kann eine Allianz mit einer dritten Macht ohne vorherige Verständigung der anderen Partei abschließen. Diese Konvention ist für zwei Jahre, beginnend mit dem Tage des Austausches der Ratifikationen, abgeschlossen. Nach Ablauf dieser Frist darf jede der beiden vertragsschließenden Parteien diese Konvention kündigen, welche jedoch noch für die Dauer von sechs Monaten, von der Kündigung angefangen, in Gültigkeit bleibt.

### Beteiligung der französischen Sozialisten an der Berner Konferenz.

Paris, 10. November. Der Verwaltungsrat der französischen sozialistischen Partei hat gestern abend beschlossen, die Einladung der schweizerischen sozialistischen Partei zu einer internationalen Konferenz in Bern anzunehmen. Zu Delegierten wurden ernannt: Renaudel, Jean Longuet, Philippe Faure und Poulse Samonau.

### Bereinigungsparteitag der Kommunisten.

Berlin, 11. November. Wie die Rote Fahne mitteilt, tritt auf Grund einer Vereinbarung der beiden Parteileitungen der Neu-Kommunisten und SPD. der nach den Beschlüssen des Hallischen Parteitages notwendige Vereinigungsparteitag am 4. Dezember in Berlin zusammen.

### Der Berliner Oberbürgermeister amtsmüde?

In Berlin geht das Gerücht um, daß der Oberbürgermeister Wermuth amtsmüde sei und zurückzutreten beabsichtige. Wermuth wird von den bürgerlichen Blättern äußerst scharf angegriffen, weil er angeblich mit den streikenden Gemeindearbeitern zu schonend umgegangen sei, vor allen Dingen aber die technische Nothilfe zu spät einbrufen habe. Ob das Gerücht mehr ist, als ein frommer Wunsch der Scharfmacher, ist bisher nicht zu erkennen gewesen.

### Gegen den Selbstschuß.

Magdeburg, 11. November. Der Oberpräsident Hüring hat die Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen beauftragt, in schärfster Weise gegen alle Selbstschußorganisationen nach dem Muster der Orgesch vorzugehen und ihm über das Ergebnis innerhalb 14 Tagen zu berichten.

### Der 14. November.

Der sächsische Landtag ist kein Parlament eines großen Reiches und seine Befugnisse sind durch die Reichsverfassung von Weimar stark eingeengt. Dennoch haben ihm noch wichtige Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, die das arbeitende Volk seinen Gegnern nimmermehr überlassen darf. Ein Sechstel der Einwohnerchaft Sachsens ist in seinen Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt vom Staat oder von den Gemeinden, deren Verfassung wieder vom Staate bestimmt wird, abhängig, bezieht seinen Lebensunterhalt aus seiner oder seiner Ernährer Arbeit in den Betrieben und in der Verwaltung des Staates und der Gemeinden. 198 850 Arbeiter, Angestellte und Beamte zählen die Staats- und Gemeindebetriebe und Kemter an Arbeitenden und mit ihren Angehörigen bilden sie ein Heer von 798 000 Köpfen. Die Gehalts- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser großen Schar wirken natürlich hinüber auf die wirtschaftlichen Bedingungen, auf den Arbeitsvertrag aller andern in Sachsen tätigen Menschen. Und schon aus diesem Grunde haben nicht nur diejenigen, die direkt von Staat und Gemeinde ihr Brot erhalten, sondern auch alle andern Lohn- und Gehaltsempfänger ein sehr konkretes Interesse daran, wie der Landtag und wie die Regierung Sachsens ausfieht.

Dieser kommende Landtag wird über die Verfassung der Gemeinden beschließen. Wird festgestellt, ob das allgemeine Wahlrecht endlich zur Wahrheit werden soll in den Städten, ob die immer noch aufrechterhaltenen Privilegien der Besitzenden Klasse, die in dem Zweikammersystem, in der den Stadtverordneten gleichberechtigten Stellung des Rates verankert sind, endlich fallen sollen. Hier werden die bürgerlichen Parteien den erbittertesten Widerstand leisten. Von den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten wird es eine Einheitsfront gegen die volle Demokratisierung der Gemeinden geben.

Die Schule ist noch immer nicht die freie weltliche Einheitschule, die das Proletariat zu fordern hat. Auf tausenderlei Wegen werden Schillerkraft und Lehrerschaft noch dem Einfluß der Kirche zu unterwerfen gesucht. Auch hier sind die bürgerlichen Parteien einig in dem Bestreben, die freiheitliche Fortentwicklung des öffentlichen Erziehungswesens zu unterbinden, und die Rechtssozialisten haben ihnen bisher durch ihre Jaghaftigkeit, durch die Auslieferung der Schule an den demokratischen Bremser Selbstert Vorschub geleistet.

Das Landespolizeiwesen wird von Dresden geleitet. Es stellt einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor dar. Die Landespolizei in den Händen der bürgerlichen Parteien, die im Grunde genommen alle gegenrevolutionäre Parteien sind — siehe das brünstige Bekenntnis der Demokraten zur Orgesch — bedeutet eine gefährliche Bedrohung mehr der Republik und der Stellung der Arbeiterklasse.

Schon dieser flüchtige Ueberblick über das, was der Landtag trotz aller Beschränkung seiner Kompetenz noch zu leisten hat, zeigt, wie wichtig die Wahl des 14. Novembers ist. Zeigt, daß jeder Landtagswähler und jede Wählerin, die gleichgültig der Wahlurne fernbleiben, sich an ihren Lebensinteressen vergehen, ihren Feinden den Weg bereiten helfen. Wer nur ein wenig begriffen hat von den Aufgaben der Zeit, der weiß, daß auch am 14. November wie am 6. Juni bei den Reichstagswahlen das Wort gilt: Wahrecht ist Wahlpflicht! Jeder Proletarier, jede Proletarierin, die diese Pflicht veräumen, üben Verat an ihrer Klasse, an ihrer eigenen Sache!

Aber diese Wahl ist nicht bloß deshalb wichtig und bedeutsam, weil sie über die Zusammensetzung des sächsischen Landtags und der sächsischen Regierung für vielleicht vier Jahre entscheidet, weil sie die Grundlinien der sächsischen Politik für diese Zeit vorzeichnet. Die Bedeutung dieser Wahl geht weit über die grünen weissen Grenzpfähle hinaus. Sie wird im ganzen Reiche kämpfenden Lager im Reich, wird das Kraftverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie in ganz Deutschland beeinflussen. Denn hier in Sachsen geht es um die sozialistische Mehrheit im Landtag. Gelänge es, sie zu brechen, so wäre das eine gewaltige Ermunterung der Gegenrevolution, eine Verstärkung ihrer Kraft eine Inspiration ihrer Pläne auf Vernichtung der Republik und Wiederaufrichtung des alten unverfälschten und unumschränkten Systems der Knechtung des Proletariats, ihrer Pläne auf Wiedererrichtung des verrotteten monarchistischen Bundes und all der Niederträchtigkeiten und Entwürfungen, die damit zusammenhängen. Ein Zurückdrängen des Proletariats in Sachsen, das würde den bürgerlichen Parteien das letzte Siegel unter ihre Nase bedeuten, daß die Revolution zurückbleibt, daß die Kraft und der Wille der Arbeiterklasse gebrochen ist, daß die Zeit gekommen ist, wo sie sich auf die wenigen Ertragskräfte, die die Revolution für das arbeitende Volk gebracht hat, stützen können, daß sie den Naktgebentag meucheln, daß sie das Streikrecht strangulieren können, daß sie den tollen Hengst des P. Wiswuchers unbesonnen um die Proteste der Hunernden und Sabotierenden fortziehen können in

Angemessene, daß sie dem Schrei des Volkes nach Brot laub kleben dürfen, daß sie keiner stürmischen Forderung, die Tür zur Befreiung von der Ausbeutung zu öffnen, die Sozialisierung mit der Ueberführung der Kohle in die Gemeinwirtschaft zu beginnen, ihren stierköpfigen Widerstand entgegenstellen dürfen. Ein Zurückweichen der Arbeiterklasse bei diesen Wahlen, ein Nachlassen ihres Kampfwillens, ein milder Betrachter auf die Ausübung des Wahlrechts würde alle arbeitereindlichen Kräfte in Deutschland besetzen und würde dem Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, der in Kürze in das entscheidende Stadium treten muß, ein neues schweres Hindernis in den Weg werfen.

Aber es gilt nicht nur die sozialistische Mehrheit in ihrer jetzigen Zusammensetzung in dem Landtag zu erhalten. Die Rechtssozialisten haben den Anspruch auf die Führung der Arbeiterklasse Sachsens längst vermisst. In den Reichstagswahlen vom 8. Juni ist die Unabhängige Sozialdemokratie die stärkste Partei Sachsens geworden, weil die zweifelhafte schwankende Politik der Rechtssozialisten, weil ihr Bestreben, mit der bürgerlichen Partei der Demokraten zusammen zu arbeiten, anstatt entgegen den Klassenkampf gegen die Ausbeuter des Volkes zu führen, ihnen das Vertrauen großer proletarischer Wählermassen die ihnen zu Anfang 1919 noch anhängen, verloren gehen ließ. Dieses Verdict der Reichstagswahlen muß jetzt auch für Sachsen vollstreckt werden. Es muß das Fundament für eine wirklich sozialistische Politik in Sachsen gelegt werden, indem die revolutionäre Arbeiterpartei, die Unabhängige Sozialdemokratie, an die Spitze der proletarischen Parteien Sachsens tritt und die Führerrolle übernehmen kann.

Der verbrecherliche Spaltungsversuch, den Moskau und seine Anhänger unternommen haben, hat die Erreichung dieses Zieles zweifellos erschwert. Aber um so kräftiger müssen wir die Hände regen, damit die verwerfliche Wirkung des Verbrechens von Halle nicht die hoffnungsvolle Saat zerstört, die mühselige Arbeit unserer Partei ausgeübt hat. Der 14. November ist der erste Tag in Deutschland, da die Wirkung oder Wirkungslosigkeit des Unternehmens der Sinowjew und Däumig sich erweisen kann. Sind die Augen Deutschlands auf Sachsen gerichtet, weil es hier um die sozialistische Mehrheit geht, so werden sie nicht minder angezogen von dem Umstand, daß sich die Stärke der Unabhängigen Sozialdemokratie nach Halle hier erweisen muß. Zeigt sich, daß die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats besteht, daß ihre Kraft nicht gedroht werden konnte durch den Anschlag von Halle, so wird das eine Aufklärung der Hoffnungen aller wahren revolutionären Kämpfer Deutschlands bedeuten und einen wirksamen Dämpfer für die Verschwörer gegen die Republik, die in der Orgesch ihr Wesen treiben und lieber heute als morgen der Republik ein Ende machen möchten. An den Wahlkämpfern der Unabhängigen Sozialdemokratie am 14. November werden die Feinde des Proletariats seine Reife und seinen Kampfwillen ablesen, werden die revolutionären Arbeiter Deutschlands die Masse ihrer Mitkämpfer, die Stärke ihrer Armee schätzen können.

Die Wahl des 14. November ist mehr als eine Landtagswahl, sie ist eine Schlacht in dem großen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der seit dem 9. November 1918 auf der Tagesordnung des Deutschen Reiches steht, und der nur mit der entschiedenen Niederlage des Ausbeuterlagers enden darf, wenn nicht die Zukunft des deutschen Volkes in Not und Elend versinken soll. Klassenrevolutionäre, Konfusionsisten mögen über den Stimmzettel als Waffe des Befreiungskampfes spotten. Der wahre Revolutionär, der Revolutionär der Tat weiß, daß er alle Mittel je nach der Lage des Kampfes, je nach dem Kräfteverhältnis der mit einander ringenden Lager anzuwenden hat, weiß, daß auch eine Wahl eine wichtige Etappe im Klassenkampf sein kann, wie es diese des 14. November sicherlich ist.

Die Wahlfalschheit kann sich selber immer noch mit angeblich revolutionären Mänteln trapiert und den Feinden des Proletariats die Mauer machen. Und wir dürfen nicht verkennen, daß diese Wahlfalschheit in den Enttäuschungen der Arbeiter über die Ergebnisse der Revolution leider mannigfach fruchtbar

werden findet. Aber es gilt diese dumpfe Verzweiflung, die zu nichts führt als zur Stärkung der Feinde, zu brechen. Es darf keine Wahlmüdigkeit geben! Jeder Proletarier, jede Proletarierin ist nicht allein für sich selbst, für die eigene Abstimmung, sondern auch für die ihrer Nachbarn und Freunde verantwortlich. Die Pflicht des Proletariats ist am 14. November nicht erfüllt, wenn er selbst zur Wahlturn geht. Er muß auch dafür sorgen, daß keiner seiner Klassengenossen und keine seiner Klassengenossinnen der Wahlurne fernbleibt.

Wenn jeder seine Pflicht tut, wenn kein Mann, keine Frau, kein Mädchen des arbeitenden Volkes das Wahlrecht verfallen läßt, dann wird der 14. November zum Siegestag des Proletariats werden, dann kann er werden zu einer dem Proletariat Befreiung verhelfenden Wendung in der politischen Entwicklung Deutschlands!

## Die Kommunisten gegen die Geyer-Liste.

In Chemnitz haben die Neu-Kommunisten die Masse fallen gelassen. Sie haben ihre Kandidatenliste zugunsten der Liste der Kommunisten zurückgezogen. In Dresden ist am 6. November die Vereinigung der Neu-Kommunisten mit der A. P. D. vollzogen worden. Die Leipziger Neu-Kommunisten schienen aber noch vor der klaren Entscheidung zurück, sie wollten unter der Führung der U. S. P. mit Hilfe der Geyer-Liste Stimmengang treiben. Unterm 10. November veröffentlichten die Neu-Kommunisten im hiesigen Volksblatt ihre Kandidatenliste, der sie die übliche Schimpferei auf die Leipziger Volkszeitung voranschickten. Diese Kandidatenliste der Neu-Kommunisten enthält auch die Namen der Leute, die erst auf der Liste der U. S. P. standen. Der Unterschied besteht nur darin, daß diese Leute auf der U. S. P.-Liste an anstößiger Stelle standen, während sie jetzt an erster Stelle bei den Neu-Kommunisten rangieren. Hat vielleicht die U. S. P. die Qualität der Leute nicht richtig erkannt? Aus Rücksichtnahme soll die Frage beantwortet werden.

Am dem gleichen Tage, an dem die Liste der Neu-Kommunisten veröffentlicht wurde, forderte das hiesige Volksblatt mit Getöse zur Wahl der Liste Geyer auf! Die Spitzenkandidaten der Neu-Kommunisten, die bei der U. S. P. sichere Durchfallskandidaten waren, traten sich mächtig, denn nun waren sie ja keine Durchfallskandidaten mehr. Doch mit den Kommunisten ist auch für die Neu-Kommunisten nicht gut Rischen essen. Einen Tag später, am 11. November, mußten die ersten Spitzenkandidaten der Neu-Kommunisten erleben, daß ihr Leiborgan, das hiesige Volksblatt, nicht mehr für die Liste Geyer, sondern für die Liste der Kommunisten sang, Schumann, Heude mit Getöse den Namen macht. Am 10. November für Geyer, am 11. November für Sangroß, also gegen Geyer! Das ist die revolutionäre Klarheit der allein echten Revolutionäre! Die Leipziger Neu-Kommunisten werden also mit ihrem Stimmengang selbst von ihrem Leiborgan im Stich gelassen. Sie stehen allein auf weiter Flur, ihre Ansichten auf Mandate schwinden! Und das zwei Tage vor der Wahl! Das ist bitter, aber die Abtrünnigen vom Sozialismus haben kein besseres Schicksal verdient!

## Demokratie und Ueberzeugung.

Von Richard Lipinski.

Selten ist mehr Verwirrung angerichtet worden als mit dem Worte Demokratie. Jeder versteht darunter etwas anderes und legt die Demokratie aus, wie er sie meint. Die Bourgeoisie versteht angeblich auf dem Boden der Demokratie die in Weimar beschlossene Reichsverfassung. Die Rechtssozialisten stellen sich auf den Boden der Demokratie und bekämpfen die USPD, weil sie die Diktatur des Proletariats anerkennt und damit den Boden der Demokratie verlassen habe, die Neu-Kommunisten schützen die Demokratie für ihren Anschlag auf die USPD, vor; sie verlangen, daß die Mitglieder der USPD ihre Ueberzeugung ändern sollen, weil die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen habe. Nur die Alt-Kommunisten machen eine Ausnahme; denn sie lehnen grundsätzlich die Demokratie ab und anerkennen nur die Diktatur einer kleinen Führerschaft an.

Diesem Wirrwarr verkannter und verästelter Begriffe gegenüber muß hervorgehoben werden, daß das Wort Demokratie etwas anderes unter Demokratie versteht als die Arbeiterklasse, und daß die Anwendung der Demokratie in einer Organisation, also auch in der Partei, eine bestimmte Grenze hat.

Die Bourgeoisie versteht unter Demokratie die politische Gleichberechtigung des Volkes, wie sie z. B. im Wahlrecht gegeben ist. Karl Marx hat aber die Arbeiterklasse gelehrt, daß der Kapitalist seinen Mehrwert aus der Arbeit der Arbeiter zieht, daß er diesen Mehrwert mit andern Kapitalistengruppen — Grundbesitz und Banken — teilt, und daß parasitär von der Kapitalistenklasse große Bevölkerungsschichten abhängig sind. Mit Hilfe des Mehrwerts beherrscht die Kapitalistenklasse Gemeinde, Staat und Regierung, faßt die öffentliche Meinung, und wo die Presse dem Kapital dienlich gemacht wird — siehe Stinnes —, beeinflusst sie damit die Politik, bekämpft die Arbeiterklasse und sucht sie zu unterdrücken.

Die Demokratie täuscht deshalb nur eine Gleichberechtigung vor, weil die ökonomische Macht des Kapitals bestehen bleibt und damit die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse. Demokratie, das heißt völlige politische und ökonomische Gleichberechtigung aller Volksschichten, kann nur das Ergebnis der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und der Verpesung aller Produktionsmittel sein. Also Demokratie in sozialistischem Sinne kann erst eintreten, wenn der Sozialismus durchgeführt ist, weil es dann keine Klassen und damit keine Klassenherrschaft mehr gibt.

Da die Bourgeoisie weder auf ihre politische noch ökonomische Macht freiwillig verzichtet, muß die Arbeiterklasse die politische Macht erkämpfen und dann die privatkapitalistische Produktion beseitigen. Heute läßt die Kapitalistenklasse mit ihren staatlichen Hilfsorganen die Diktatur über das Proletariat. Das ist nicht zu erwarten Klassenbewußtseins immer noch zu großer Teile der Arbeiterklasse kann heute eine kleine Minderheit, die Kapitalistenklasse, die große Masse des Volkes der Arbeitenden kapitalistisch ausbeuten und beherrschen. Der Kampf um die Beseitigung kapitalistischer Produktionsweise kann nur von der Arbeiterklasse geführt werden, die die erdrückende Mehrheit des Volkes ist. Und in diesem Kampfe wird die Arbeiterklasse an Stelle der Kapitalistenklasse diktieren, die Diktatur des Proletariats ausüben. Die Rollen werden vertauscht. Diktator heute eine kleine kapitalistische Minderheit, so wird später die Mehrheit des Volkes der Arbeiterklasse ihren Willen aufzuringen. Es herrscht also dann das Mehrheitsprinzip, und deshalb steht die Diktatur des Proletariats nicht im Widerspruch zur Demokratie.

Bekämpfen die Rechtssozialisten die USPD, weil sie die Diktatur des Proletariats anerkennt, so bekämpfen die Rechtssozialisten damit, daß sie den Boden des Klassenkampfes, des Kampfes um die Vergesellschaftung der Produktion, verlassen haben und für Reformen statt für den Klassenkampf eintreten. Daraus erwächst das Kompromiß mit der bürgerlichen Politik und das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien in der Regierung.

Die formale Demokratie im politischen und ökonomischen Kampfe nur ein Täuschungsmanöver der Bourgeoisie, so hat die Demokratie in der sozialdemokratischen Arbeiterklasse und ihrer Partei eine völlig andre Bedeutung.

Eine Parteiorganisation, wie jede andre auf freiwillige Mitarbeit oder auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Körperschaft kann sachliche Differenzen nur durch Mehrheitsbeschlüsse beseitigen. Die Minderheit hat sich der Mehrheit zu unterordnen, sie hat aber das Recht, für ihre abweichende Meinung innerhalb der Partei zu werben, bis sie entweder die Mehrheit erlangt hat oder zu der Einsicht kommt, daß ihre Auffassung irrig ist.

In einer solchen Situation stand die Minderheit in der alten sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die internationalen Kongresse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel hatten den einschlägigen Beschlüsse gefaßt, daß Kriege durch die Arbeiterklasse zu verhindern sind, und wenn die Verhinderung des Krieges unmöglich ist, der Kampf gegen den entsetzlichen Krieg mit aller Energie aufgenommen werde, um eine schnelle Beendigung des Krieges herbeizuführen.

Um ihren Einfluß bei der Hauptinstanz Karl durchzusetzen strebte die Minderheit nicht zu verlieren, den Bestand und Besitz des Partei- und Gewerkschaftseigentums und der Mitgliedschaft zu sichern, und in der Hoffnung auf einen schnell beendeten Krieg und Zienertreiben gab die Sozialdemokratische Partei, gegen die Gewerkschaften den Klassenkampf und den Kampf gegen den Krieg auf und trieben „nationale“ Politik. Hiergegen lehnte sich die Minderheit in der Partei auf, sie suchte durch ihre Mitarbeit die Partei wieder auf dem alten Kampfboden zurückzubringen, wollte aber den Kampf innerhalb der Partei durchzuführen. In dem Beschlusse der Opposition, der auf ihrer Reichskonferenz am 7. Januar 1917 gefaßt wurde, heißt es:

„Es ist ein tautes Ofen. . . . Se sagst bloß, je kann nicht datteln jehn. . . . Oder se is lang fülle. . . . Wat soll man dazu sagen.“

Wir gingen durch die Küche.

Die Mutter stand zwischen ihren Kindern, die sich an sie drückten. Mit geschlossenem Mund und gesenkten Augenlidern stand sie da.

„Na laß man, zu Weihnachten wirte schon wat kriegen. Da werden se dir schon finden!“ tröstete die Schwester.

Die Mutter drückte die Kinder an sich und erwiderte keine Silbe.

„Junge, Junge! Wie soll ich dich bloß noch satt kriegen?“ Die Frau sah ihren Sohn recht bekümmert und liebevoll an.

„Na, Mutter —“ meinte der zwölfjährige unwillig, „hab aber dann jögern das Stückchen Bäckling, das er sich vom Teller genommen, wieder seiner Mutter zu: „Ach, das ist ja keine.“

„Na — nimm schon — nimm schon!“ drängte seine Mutter.

„Ne — id mag nicht mehr!“ weigerte sich der Junge.

„Anstann — du hast doch eben nach gegreiffen!“

„Aber Mutter — zwing mich doch nicht immer was uff!“

„Du mußt doch ordentlich essen — in deinem Alter!“

„Ach — id bin satt, wenn id noch das Stück Brot habe —“

Bei diesen Worten sahen seine Augen sehnsüchtig nach dem Stückchen Bäckling, das als Rest von einem halben Fisch auf einem Teller lag.

„Also — nu nimm es dir!“ befahl die Mutter streng.

„Denn hast du wieder nichts!“ murkte der Junge und biß schon in das Brot, auf dem das Stückchen Fischfleisch lag.

„Man hat seinen Keger mit den Kindern!“ sagte die Frau ernst und doch froh daß sie ihrem Ältesten noch einen besonderen Bissen hatte zusteden können. Die andern Kinder — drei Mädchen, sahen allerdings vorwurfsvoll auf die Mutter. Sie tröstete: „Nächstesmal kriegt ihr meinen Teller — Ihr wißt doch, die andre Hälfte Bäckling muß Vater morgen auf seine Stelle mitbringen.“

„Ich habe doch weiter nichts für ihn. Den ganzen Tag muß er mit dem halben Bäckling und dem trockenen Brot gehen. . . . Neulich habe ich ihm bloß kalte gekochte Kartoffeln und trockne Stellen mitgeben können. Na ja, wie soll man machen? Wo soll denn das hin? Bei den Stiefelpressen! Na: kann doch keine Kinder nicht barfuß laufen lassen!“

„Aber Mutter ist immer alles dem Kurt, wenn wir mal was haben!“ sagte die Älteste plötzlich.

„Sei mal still! Ja.“ bat die Mutter, die vor Verlegenheit rot wurde.

„Na ja, neulich, als du uns die Stellen mit Kartoffeln besetzt hast, haste Kurt noch deine Kartoffeln angelassen und halt trocken jeseffen! Denkt woll, das sech ich nicht?“

Die Mutter hielt ihr den Mund zu: „Schäme dich!“

Aber dann sagte sie doch, nach einem Seufzer: „Abends gibts bei uns nur am Sonntag einen Bäckling oder ein gekochtes Ei, das ich dann für alle einteile. Sonst haben wir wirklich nichts weiter als trockenes Brot mit Kartoffelscheiben. Wir sind doch sechs Personen! . . .“

## Kinderelend!

### Eine Anklage und Mahnung.

Die „Deutsche Kinderhilfe“ veranstaltet im Freistaat Sachsen vom 3. bis 5. Dezember eine „große Volksammlung für das notleidende Kind“. Diese Sammlung ist eine Anklage gegen das kapitalistische System, das nicht die Mittel aufbringt, den Proletariaten eine menschenwürdige Existenz zu sichern, ja nicht einmal die Mittel, um die Kinder des Volkes vor dem nagenden Hunger, vor dem Tod durch Entkräftung zu bewahren. Wie schlimm es um das Leben großer Kinderelenden bestellt ist, das zeigt das Propagandamaterial, das die „Deutsche Kinderhilfe“ an die Presse versendet, damit das öffentliche Mitleid geweckt werde. Es ist darunter eine Skizze von Hans Ostwald.

### Unsere Waisenkinder.

aus der wir die folgenden erschütternden Abjäre wiedergeben wollen:

Wägen die Stadtkinder nun aufwachsen in der Biermilchensstadt an der Spree, die man die Reichshauptstadt nennt — mögen sie ihre ersten Lebensjahre in Klein-Paris an der Pleiße, dem berühmten Leipzig, oder in den Industrieorten am Rhein und in Westfalen, im Vogelland oder in all den vielen deutschen Städten verbringen —, ihre Kinderjahre gleichen alle dem Bild, das ich vor kurzem in Berlin sah:

Auf einem richtigen Berliner Hof stand ein kleiner Junge, ein Junge, dessen Geschwister wohl zur Schule gegangen waren und der nun auf sich allein angewiesen war. Er stand da, ohne Schuh und Strümpfe, hielt die eine Hand oben am Nackenfragen, weil er auch kein Hemd an hatte, und die andre suchte im Müllkasten herum nach irgendwelchen eßbaren Abfällen — vielleicht nach einer verächtlich mit ausgeschütteten Kartoffel — oder einer Apfelschale. . . . So stand er auf dem asphaltierten Hof, abgeschliffen von der lebendigen Erde.

Dieser traurige Junge auf dem engen, lust- und sonnenlosen Hof ist das Sinnbild des Lebens unserer Stadtkinder. Ihnen fehlt der frische Sauerstoff, der aus den lebenden Pflanzen und aus der Erde aufsteigt. Ihnen fehlt die Sonne, die nicht in die hochmureierten, kochenden Höfe hinein kann. Ihnen fehlt aber außerdem noch Essen und Trinken, Nahrung und Kleidung.

Eine kleine Wohnung im Erdosten Berlins, rechts vom Hausflur. Schmale, einstrichige Räume. Alles sieht lauer und ordentlich aus. Die Gerüste an den Wänden und das Geschirz im Küchenschrank — sie hält rein, die kleine Frau. Sie hält auch ihr Pflegekind rein, das schon acht Jahr ist und aussieht, wie

wenn es kaum vier Jahre zählt. Es schmiegt sich an die Mutter an und ländelt herum, während die erzählt:

„Ja, wat jeht so alles ab, von dem Feld, das der Mann nach Hause bringt! Da kann man sich kaum von satt machen! Bei uns jeht et bloß Suppen, mal Kartoffelsuppen, mal Trübsuppen —“

„Mit Milch? Mutter, mit Milch!“

Und die Kleine zerrte die Pflegemutter an der Schulter.

„Ja — wenn id man morgen noch den vierel Alter kowen kann, der dir zusteht! Aber — denn haben wir kein Brot. Id loobe, wir müssen de Karte wieder an Tante Werder verkaufen; Wech der Deibel — sonst haben wir morgen noch nicht mal Brot.“

„Mutta — Mutta!“ drängte die Kleine, und hängte sich an den Hals der Frau. „Aber nächste Woche jehts Trübsuppe mit Milch, ja?“

„Jamoll — ein Viertelstücker uff zwei Teller Suppel!“ antwortete die Pflegemutter.

Das war die Schwester jener Gebrechlichen aus der B-Strasse. Sie wohnte nicht weit von hier. Irgendwo auf einem Hof, in einem dunklen Winkel — einige Stufen hinunter. Die Tür öffnete sich unmittelbar in die Küche hinein. Eine schmale, verhärmte Frau hauchte mit drei Kindern um den Küchenschrank.

„Na, denn sech doch wenigstens uff!“ sagte die Gebrechliche, die mich hingeführt hatte.

Mit ängstlichen Augen sah mich die junge Mutter an und reichte mir stumm die Hand über den Säugling hinweg, den sie an der Brust trug.

„Sehn Se — so is se nu — se schämt sich, daß es ihr schlecht jeht. . . . Mädchen, sei doch nicht so dumml! Kümmer dich doch um deine Sachen! Sehn Se — da sehn de kleinen Würmer — nich mal 'n Hemd haben se an. Manu, dhu doch den Mund uff und erzähl dem Heren, wie dir jeht,“ schalt die Schwester.

Aber die junge Frau stand wortlos da.

Die Schwester sah den Herd an: „Kalt?“

Sie blieb eine Weile vor Herger stumm. Dann schimpfte sie ihre Schwester aus:

„Also, du verdienst der ja nich besser. Bloß de Kleenen, de können enen jeid dhun. Nicht warmet uff'n Leibe. 'ne kalte Bude — und denn womöglich noch nicht warmet in Leibe? Wat? Wat hast du denn heut mittag jehabt?“

„Kalt Kartoffeln von jekern!“ antwortete der Älteste.

„Weest Elie — nu sei bloß nicht so vernagelt. . .“

Die Gebrechliche sah ihre Schwester an und schämte sich.

Der jungen Mutter liefen die Tränen die Waden herunter. Ihre Schwester winkte mich ins Zimmer, in dem mehrere Betten ein Tisch, Stühle und zwei Schränke standen.

„Da — da — jehn Se? De Betten ohne Bezug. De Schränke leer. Kein Stid Wäsche mehr drin! Id sage ja, de Kinder haben kein Stid Wäsche uff'n Leibe! Na ja, arbeiten jehn kann se nicht bei de kleinen Kinder. An irgendwo hinjehn — noc — is nich —! Aber da jeht und jeht se zu Hause in de

haben sie im Rahmen des Parteipatents unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken... Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei befürchtet, daß die Opposition die Mehrheit erlangen, seine nationalpolitische Politik durchkreuzen werde, und schloß deshalb ganze Mitglieder aus der Partei aus, weil sie sich „außerhalb“ der Partei gestellt hätten. Dieser Stinneswurz führte zur Gründung der USP, die während des Krieges eine historische und heroische Tat war. Damals handelte es sich um sachliche Differenzen, um die Durchbrechung und Anwendung der Grundzüge der Partei.

Die Spaltung in Halle aber war organisatorisch von den Kommunisten durch ihr Hilfsorgan, die Betriebsrätezentrale in Berlin, vorbereitet; es galt der Vernichtung der Partei, um der Arbeiterschaft kommunistische Grundzüge aufzuzwingen und die Parteimitglieder der kommunistischen Partei zuzuführen. In das Geschäft, um die erschütterte Macht der Bolschewiki in Rußland wieder zu festigen und den Weltkrieg von neuem zu entfesseln. Der Unterschied zwischen den Vorgängen von 1917 und 1920 ist offenkundig. Handelte es sich 1917 darum, die sozialdemokratischen Grundzüge, das Parteiprogramm, wieder zur Geltung und Anwendung zu bringen, so wurde in Halle versucht, die Arbeiterschaft unter ein anders geartetes, mit sozialistisch-marxistischen Gedankenengängen unvereinbares kommunistisches Programm zu zwingen, an Stelle der freiwilligen Mitarbeit überzeugter Mitglieder das Diktat einer kleinen Führerschaft zu setzen. Grundgedanke und Taktik sollten also völlig verändert werden. Nun behaupten die Neu-Kommunisten, sie seien die USP, weil die Mehrheit der Delegierten sich für Annahme der 21 Bedingungen von Moskau entschieden und die Minderheit sich dem zu fügen habe. Mit der Annahme der 21 Bedingungen lösten sich die Befürworter von der USP, weil sie sich ja verpflichtet hatten, der kommunistischen Partei beizutreten — der Einigungsforderung der Kommunisten und Neu-Kommunisten steht ja vor der Tür. Kleinere tatsächliche Differenzen innerhalb einer Partei können durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden werden, aber eine andre Überzeugung kann man niemandem durch Mehrheitsbeschlüsse aufzwingen. Überzeugung wurzelt — oder soll wenigstens beim Sozialisten wurzeln in der geschichtlichen und ökonomischen Erkenntnis und stützt sich auf Erfahrungen. Man braucht bloß die Forderung der Neu-Kommunisten auf eine andre Partei einzustellen, um das Absurde zu erkennen. Wenn etwa der Parteitag beschloß, sich der konservativen Kriegspartei anzuschließen, so würde ein homerisches Geschick in der Parteimitgliedschaft eintreten, wenn ihr zugemutet würde, sich nun auch der konservativen Partei anzuschließen. Es kann nun jedes Mitglied für sich entscheiden, welcher Partei es sich anschließen will. Nun schließen aber die Neu-Kommunisten einen Turmbaum nach dem andern. Die Moskauer sind zur Aufstellung der 21 Bedingungen gekommen, weil in ihrer spezifisch russischen Vorstellung die Arbeiterklasse unermüdlich ist, politische Kämpfe zu führen, weshalb die Intellektuellen die gegebenen Führer des Proletariats sind; die Arbeitermassen kommen für sie höchstens als Objekt im Kampfe in Frage. Darum lehnen sie die Demokratie in ihrer Parteiorganisation ab, erkennen nur die Führerschaft an und kommen so folgerichtig zu dem Diktat einer kleinen Führerschaft für das Weltproletariat. Obwohl nun die Neu-Kommunisten durch ihren Parteitagbeschlus die Diktatur über das Proletariat anerkannt haben, pochen sie auf die Demokratie, die sie selbst verneinen, um die Arbeiterschaft für die kommunistische Partei einzufangen. Diese Bauernschlaubeit und Verleumdung der Konsequenz ihres Beschlusses ist bereits von der ausgeklügelten Arbeiterschaft erkannt worden; denn sie hat es abgelehnt, ihnen zu folgen. Ein Beweis, wie tief sozialistische Grundzüge in das Proletariat eingedrungen sind.

### Die Reichskonferenz der sozialistischen Proletariatsjugend.

3. Verhandlungstag. Der 3. Tag beginnt mit einem ausführlichen Referat des Gen. Schröder über unsere Aufgaben. Er schildert ausführlich die vorzunehmende Aufbauarbeit. Genosse Kühn (Leipzig) wünscht zur Unterstützung unserer Agitation die Errichtung eines eignen Verlags. Gen. Hübler (Schleubitz) vertritt sich des längerer über die vorzunehmende Erziehungsarbeit. Er redet der Mitarbeit Erwachsener das Wort. Gen. Rathow (Hamburg): Die Parteineutralität ist unbedingt aufrechtzuerhalten. Das Hauptaugenmerk ist auf ein Zentralorgan zu richten. Provinzialblätter müssen dem unbedingt untergeordnet werden. Das Hauptgewicht ist auf die Arbeit in den Ortsgruppen zu legen. Vor der Errichtung des Bücherverlags kommt die persönliche Agitation. Gen. Eisner (Münster) berichtet von der eingesetzten Kommission. Es soll in unsern politischen Richtlinien aus-

„Mutta — Mutta“ rief die kleine Hebenjährlige daswischen: „Bitte, bitte — noch eine Kartoffelchen!“ So sieht es in den deutschen Familien aus, die nicht selbst eine Landwirtschaft besitzen. Selbst die wenige Milch, die für die Kinder bereitgestellt werden kann, können die Familien oft nicht kaufen. Und wieviel deutsche Kinder jetzt ohne warme Milch, ohne Semeln und andre Wäsche herumlaufen, wieviel Säuglinge nicht in Windeln, sondern in Zeitungspapier eingehüllt werden — das kann gar nicht gezählt werden. Das spöttische Sprichwort: „Sieben Kinder und ein Hemd, Sonntags trägt der Vater!“ ist jetzt bittere Wahrheit geworden. Nichts, nichts von dem, was ich hier erzähle, ist vereinzelt. Die große Mehrheit des Nachwuchses unseres Volkes ist an Verhungern! Sie wird aufgelesen, um langsam dahinzusinken!

So, schreibt Ostwald! Proletarische Mütter, hört es! Manchen von euch und euren Kindern mag es noch besser gehen — bis heute. Aber wer ist bei der drohenden Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, wer bei der wahnwitzigen Preissteigerung sicher, daß seinen Kindern über kurz oder lang ein ähnliches Los bevorsteht! Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Ihr, die ihr Kinder habt oder einzu zu haben hofft! Wollt ihr, daß sie euch einmal tanzen dürfen, daß ihr durch Gleichgültigkeit oder Unberücksichtigung dazu geholfen habt, daß solches Elend sie treffen konnte? Daß ihr dazu geholfen habt, indem ihr jene Parteien geküßt habt, durch Wahlenthaltung oder gar durch direkte Unterstützung, die sich der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung widersetzen! Ihr Frauen und Mädchen, die ihr zum Proletariat gehört, ihr Frauen der Arbeiterschaft wie der Angestellten- und Beamtenerschaft und aller dazwischen liegenden Berufsstände, die mühselig um ihren Lebensunterhalt ringen müssen, denkt eurer Verantwortung, einer schweren Verantwortung vor den Kindern! Tut am 14. November bei der Landtagswahl das Eure daß ein Schritt getan werde zur Abschaffung dieses grauenhaften Elends! Damit eure Kinder einzu euch danken können für eure Mitarbeit an einer Gesellschaft, die für alle ein menschenwürdiges Dasein, die für die Kinder eine frohe Jugend hat, die nichts mehr weiß von Hungerkämpfen! Auf zur Arbeit für die Bisse der Unabhängigen Sozialdemokratie, der Risse Dipinski — Wunder — Frau Feunzig.

gesprochen werden, daß unsere Forderungen am besten von der USP vertreten werden. Gen. Lehmann (Eisenburg) spricht gegen diesen Vorschlag. Gen. Bieligt (Blauen) protestiert gegen diesen Vorschlag. Wenn er angenommen werde, zerfalle die USP in zwei Teile. Infolge der parteipolitischen Festlegung konnte die USP zu nichts kommen. Gen. Schneider (Zentralkomitee der USP) tritt für Eisners Vorschlag ein und erklärt, daß das Zentralkomitee der USP keine eigene Jugendbewegung schaffen werde. Gen. Schröder gibt eine Erklärung ab: wir wollen selbständige Jugendbewegung bleiben. Es wird Schluß der Debatte beschlossen. Im Schlußwort betont Gen. Schröder, daß wir selbständige Jugendorganisation bleiben müssen. Zur Presse spricht Gen. Bräuer. Er wünscht, die Proletarier-Jugend als wissenschaftliches Organ beizubehalten. Von Neufeld wird in der Diskussion beantragt, in der Proletarier-Jugend mehr politische Tagesfragen zu behandeln. Ueber die technische Ausgestaltung der Zeitung entspinnt sich eine lebhaft ausgeführte Debatte. Die Neuwahl der Zentrale ergibt folgendes: Vorsitzender Gen. Otto Schröder, Schriftleiter für die Proletarier-Jugend Gen. Martin Bräuer, für die Zeilunge Gen. Reinhold Hübler (Schleubitz), Schriftführer Gen. Brandes (Leipzig), Kassierer Genossin Zeiger. Die übrigen Mitglieder der Zentrale werden von der Leipziger Organisation gewählt. Nach der Mittagspause erstattet Gen. Skala Bericht von der Kommission zur Internationalen. Die Richtlinien der Zentrale werden in der folgenden Fassung wörtlich angenommen:

1. Die menschliche Gesellschaft schiedet sich immer mehr in zwei Lager, das kapitalistische und das proletarische. Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung aller Lohnarbeit verrichtender Menschen. Die Formen der Ausbeutung werden immer unerbittlicher. Ihre Wirkung reicht weit über die nationalen Grenzen hinaus. Der Kapitalismus selbst sowie seine blutsaugerische Tendenz werden immer mehr in Wahrheit international.
2. Der Kapitalismus strebt aus den engen Rahmen des Nationalstaates hinaus. Er sucht sich Absatzgebiete in fremden Ländern und Erdteilen für seine Waren. Er erobert Kolonien, um auch die eingeborene Bevölkerung ausbeuten zu können. Aus Blut und Schweiß ist er seine Welt Herrschaft erstehen. Der Kapitalismus wuchs sich aus zum Imperialismus.
3. Das Lager der Kapitalisten der einzelnen Länder nach Profit und Welt Herrschaft führt zu internationalen Konflikten. Der grausige Weltkrieg erwuchs daraus. Er stellt ein notwendiges Stadium der kapitalistischen Entwicklung dar. Doch nachdem die Weltkriegspolitik zusammenbrach, lebt der Kapitalismus noch. Er sucht weiter international, jetzt allerdings mit stielblicheren Methoden, seine Ausbeuterei Herrschaft zu behaupten. Die Kapitalistenklasse vereint sich, trotz der eben beendeten Feindschaften, international zum Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Die internationalen kapitalistischen Organisationen werden von Tag zu Tag mächtiger.
4. Dem muß auch die Arbeiterklasse eine mächtige und starke Organisation des internationalen Proletariats entgegenstellen. Der Klassenkampf muß international geführt werden.
5. Die arbeitende Jugend, soweit sie das Verständnis dafür besitzt, unterstützt diesen Kampf als Teil der Erwachsenen in den Organisationen der Erwachsenen. Eine Notwendigkeit für eine jugendsozialistische Partei besteht nicht.
6. Trotzdem ist die Errichtung einer sozialistischen Jugendbewegung nötig aus psychologischen und pädagogischen Gründen. Die geistige Unfähigkeit und Denkfähigkeit Jugendlicher ist anders als bei den Erwachsenen. Der Jugendliche neigt viel mehr zu Spiel und Unterhaltung als der Erwachsene.
7. Es ist Aufgabe der sozialistischen Jugendbewegung a) die Masse der Arbeiterjugend bis etwa zum 20. Jahre (ohne Festlegung einer bestimmten Altersgrenze) zu erfassen, b) sie zu solidarischem und kameradschaftlichem Handeln zu erziehen, c) sie ganz bewußt mit dem Entwicklungsgedanken, dem Wesen des Sozialismus und den Klassenkampfbedingungen vertraut zu machen durch 1. Vorträge und Kurse aller Art, besonders aber kulturgeschichtliche und gesellschaftswissenschaftliche, 2. Erziehung (in diesem Sinne auch politische) und Aufklärung, sowie Teilnahme am und über den politischen Kampf, 3. selbständige Organisation und Führung des Kampfes, soweit er bestimmte Jugendinteressen berührt, 8. Kampf im Sinne dieser Jugend vom 14. bis etwa 20. Jahre ist: a) Teilnahme an allgemein-politischen Aktionen der Eltern, b) Organisation und Durchführung von Aktionen, auch politischen, die besondere Jugendfragen betreffen. Kampf in diesem Sinne ist nicht: c) Organisation und Durchführung allgemein-politischer Aktionen (im Gegensatz zu Punkt 4 des Programms der kommunistischen Jugendinternationale), d) Lösung parteipolitischer Fragen.
8. Außerdem muß die sozialistische Jugendbewegung aus psychologischen Gründen Spiel, Unterhaltung, Wandern und Körperkultur treiben, darf es jedoch niemals vorwiegen lassen.
9. Unter Führung dieser Gesichtspunkte muß der Anschluß der sozialistischen Proletariatsjugend an die Jugendinternationale anstrebt werden. Die Zentrale wird beauftragt, mit allen noch nicht angeschlossenen Jugendorganisationen in Verbindung zu treten, um eine Abänderung des Programms der kommunistischen Jugendinternationale herbeizuführen, die die Realität gibt, allen diesen Jugendorganisationen den Beitritt zu ermöglichen. Hiernach werden noch einige Anträge angenommen. 1/5 Uhr schließt Gen. Schröder die Konferenz. Er betont: Nun ziehen die einzelnen Delegierten nach Hause, zum Kampf!

### Die Lage im Osten.

Der neue Krieg an der russischen Westfront. O.E. Hellingfors, 11. November. (Drahtbericht.) Die Sowjetpresse zeigt Beunruhigung über die Entwicklung eines neuen Krieges an der ukrainisch-litauisch-weißrussischen Front. Die Petersburger Joweltja berechnen die Zahl der Streitkräfte Sawinkows auf 30 000 Mann regulärer Truppen. Petljura verfüge über bedeutend mehr Truppen, doch seien diese schlecht ausgebildet. Die Abteilungen Balachowitsch beständen aus 15 000 Mann irregulärer Truppen, die den Charakter von Räuberbanden hätten. Die Armee Sawinkows wird General Rysjew kommandieren. Das bolschewistische Blatt erwähnt, daß General Rysjew die Verantwortung für die Niederlage trage, welche die russische Armee im Herbst 1914 bei Soldau durch Hindenburg erlitten hat. Die Moskauer Joweltja erheben Protest gegen die Versorgungsleistungen, welche die Entente über Polen an die weißen Armeen gelangen lasse. Warschau, 10. November. Der Vormarsch der Abteilungen des Generals Balachowitsch, die nach dem Inkrafttreten des russisch-polnischen Friedens die neue polnische Grenze überschritten haben, sich zur Zeit in Weichselhand befinden und an 10 000 Mann stark sein sollen, dauert fort. Es wird gemeldet, daß seine Vortruppen bereits Molye erreicht hätten. Balachowitsch hat schärfer auf die Wiedererlangung von Rinsel verzichtet und die Hauptkräfte seiner Armee nach Süden verschoben, um den Schlüssel an die ukrainische Armee zu erlangen. Ein ukrainischer Heeresbericht hat bereits gemeldet, daß die Führungsnahme mit „demokratischen wehrhaften Abteilungen“ erreicht sei, worunter offenbar die Truppen Balachowitschs zu verstehen sind. Sawinko, dem in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des russischen Komitees in Warschau die politische Leitung des Unternehmens von Balachowitsch gehört, erklärt, daß die Truppen Balachowitschs von seinen Landbevölkerung reichliche Unterstützung und Zugang von Freiwilligen erhielten. Der Freund und Mitarbeiter Sawinkows, der bekannte russische Schriftsteller Mereschkowski, erklärte in einer Unterredung, Balachowitsch habe den Marsch nach Moskau angetreten. Er verfüge über reichliche Bestände an Ausrüstungen und Munition und wolle Moskau in drei Monaten erreichen. Balachowitsch und Sawinkow hoffen dabei, daß der Vormarsch ihrer Truppen eine allgemeine Erhebung der Bevölkerung gegen die Sowjet-Regierung hervorzurufen werde. Zwischen Balachowitsch und Sawinkow bestehe das beste Einverständnis und Balachowitsch sei der rechte Mann für die große Aufgabe. Die Urteile über die Persönlichkeit Balachowitschs gehen sehr auseinander. Der ehemalige Bürgermeister von Petersburg und Justizminister der Judenisch-Regierung, Kedrin, erklärte einem Pressevertreter gegenüber Balachowitsch für einen schätzbaren Mann, dessen Festnahme er selbst als Justizminister habe anordnen müssen. Balachowitsch habe nämlich zahlreichste Kämpfer und Gefangenen in den Gegenden verübt, die von der Armee Judenitsch und der Partisanen-Abteilung Balachowitschs befreit wurden. Personen, die sich seinen Erpressungen nicht fügen wollten, wurden als angebliche Bolschewisten hingerichtet. Ferner wird über den fürchtbaren und geradezu sadistischen Terror berichtet, den Balachowitsch in Brestau und auf dem Laibe ausgeübt habe.

hat bereits gemeldet, daß die Führungsnahme mit „demokratischen wehrhaften Abteilungen“ erreicht sei, worunter offenbar die Truppen Balachowitschs zu verstehen sind. Sawinko, dem in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des russischen Komitees in Warschau die politische Leitung des Unternehmens von Balachowitsch gehört, erklärt, daß die Truppen Balachowitschs von seinen Landbevölkerung reichliche Unterstützung und Zugang von Freiwilligen erhielten. Der Freund und Mitarbeiter Sawinkows, der bekannte russische Schriftsteller Mereschkowski, erklärte in einer Unterredung, Balachowitsch habe den Marsch nach Moskau angetreten. Er verfüge über reichliche Bestände an Ausrüstungen und Munition und wolle Moskau in drei Monaten erreichen. Balachowitsch und Sawinkow hoffen dabei, daß der Vormarsch ihrer Truppen eine allgemeine Erhebung der Bevölkerung gegen die Sowjet-Regierung hervorzurufen werde. Zwischen Balachowitsch und Sawinkow bestehe das beste Einverständnis und Balachowitsch sei der rechte Mann für die große Aufgabe. Die Urteile über die Persönlichkeit Balachowitschs gehen sehr auseinander. Der ehemalige Bürgermeister von Petersburg und Justizminister der Judenisch-Regierung, Kedrin, erklärte einem Pressevertreter gegenüber Balachowitsch für einen schätzbaren Mann, dessen Festnahme er selbst als Justizminister habe anordnen müssen. Balachowitsch habe nämlich zahlreichste Kämpfer und Gefangenen in den Gegenden verübt, die von der Armee Judenitsch und der Partisanen-Abteilung Balachowitschs befreit wurden. Personen, die sich seinen Erpressungen nicht fügen wollten, wurden als angebliche Bolschewisten hingerichtet. Ferner wird über den fürchtbaren und geradezu sadistischen Terror berichtet, den Balachowitsch in Brestau und auf dem Laibe ausgeübt habe.

### Der gelungene Rückzug Wrangels.

O.E. Hellingfors, 11. November. (Drahtbericht.) Die amtlichen Moskauer Joweltja bestätigen, daß es einem bedeutenden Teil der Wrangelsarmee gelungen ist, sich über Stawisch in das Innere der Kriv zurückschlagen.

### Eine Offensive der Litauer?

London, 11. November. Reuter erfährt aus polnischer Quelle: Die Litauer haben von Rowno aus am 7. November unter Mitwirkung der Bolschewiken die Offensive gegen Jeligowski begonnen. Sie sind jetzt 35 Kilometer von Wilna entfernt.

### Abbruch des ukrainisch-russischen Waffenstillstands.

Kiew, 12. November. (T.-U.) Das ukrainische Pressebureau meldet aus Stanislaw: Der Waffenstillstand an der ukrainisch-bolschewistischen Front wurde am 4. November, 10 Uhr vormittags, abgebrochen. Die ukrainische Armee hat die Feindseligkeiten auf der ganzen Front begonnen und diese an mehreren Stellen durchbrochen.

### Russisches Ultimatum an Georgien.

London, 12. November. (T.-U.) Die Sowjetregierung hat ein Ultimatum an Georgien geschickt, in dem die sofortige Beendigung der Verhandlungen mit Wrangel und ein Bruch der Beziehungen zur Entente und Unterlassung jedes Handelsabkommens mit dem Ententestaaten verlangt wird. Die Regierung Georgiens hat die Aufforderung mit der allgemeinen Mobilisierung beantwortet.

### Die Republik des fernen Ostens.

O.E. Rebal, 11. November. (Drahtbericht.) Im fernen Osten hat sich, wie die Moskauer Joweltja melden, eine Republik „nach kapitalistischen Grundzügen“ konstituiert. Die Bildung dieser Republik des fernen Ostens führt das Blatt auf den Einfluß Japans zurück, das darauf drang, einen Staat zum Nachbar zu haben, in welchem ähnliche Wirtschaftsformen herrschen, wie in Japan.

### Neue Gewaltmaßnahmen gegen Irland.

London, 11. November. (W.B.) Sämtliche irischen Eisenbahnen mit Ausnahme der Great Northern-Bahn werden Ende dieser Woche stillgelegt, um das aufständische Irland von Verkehr abzuschneiden. Von anderer Seite verlautet, daß sich die Eisenbahner weigern, Polizei und Militär zu befeuern.

### Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten.

London, 11. November. Times erfährt, daß das kommunistische Unterhausmitglied Malone, in dessen Wohnung eine Durchsuchung abgehalten wurde, gestern in Dublin verhaftet worden ist.

### Von Nah und Fern.

Sieben Personen durch Gassvergiftung gestorben. München, 11. November. Heute vormittag sind in einem Hause der Lindtstraße zwei Familien, insgesamt sieben Personen, tot aufgefunden worden; sie waren durch anstößiges Gas getötet worden. Einige weitere Personen sind wegen Gassvergiftung ins Krankenhaus gebracht worden. Einbruch in einer Kirche. U. Magdeburg, 12. Nov. In Groß-Auleben bei Magdeburg brachen Diebe in die Kirche ein und beraubten das im Altar eingebaute, aus Stahlplatten bestehende und verschlossene Tabernakel, in dem sich die goldene Monstranz und andere wertvolle Gegenstände befanden. Außerdem fielen den Dieben lockbare Messgewänder in die Hände. Untergang eines Rüstungsschiffes. London, 11. Nov. Nach einer Meldung aus Manila (Philippinen) ist das Rüstungsschiff Bakula, das nach Puerto-Bello gehen sollte, von einem Taifun erfasst worden. 48 Mann der Besatzung seien umgekommen, 16 Mann seien gerettet.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil: Heinrich Kleiner in Leipzig. Verantwortlich für den Interaktionell: Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen, Warzen  
besiegt schnell, sicher, unmerkslich  
**Kukirol 100000 fach bewährt**  
Preis Nr. 1.—, in Apotheken und Drogerien erhältlich.  
König Salomo Apotheke, Grimmische Str. 17.

Besonders preiswert sind unsere Herren- u. Jünglings **Paletots und Ulster**

Unser Lager ist hauptsächlich in den Preislagen zu  
790.- 690.- 590.- 490.- 390.-  
290.- u. 230.-  
gut sortiert

**Gebrüder Rockmann**  
Leipzig-R., Dredner Str. 75

**Gerade jetzt** kaufen Sie gut und sehr billig **Wachstuche und Reste** **Wandtapeten, Tapeten, Bettdecken, Plüsch, Vorhänge, Kissen, Polsterstoffe** und alle einrichtl. Artikel. **Tapeten.** Preise f. jeden ersichtlich.

**BERNH. NESTLER,**  
Gartenstraße 99,  
Ecke Elisabethstraße.

**Sport-Zigaretten**  
M. 218.-  
per 1000  
M. Glasor, Leipzig 3  
Katharinenstr. 17  
Fornsprecher 3978

**Schreiberschlöfchen**  
Schreiberstraße 10  
Morgen, Sonnabend, großes  
Schweinefleisch  
Es labet ein Der Wirt.

# U.S.P.D. Groß-Leipzig

## Wähler-Versammlungen

- Freitag, den 12. November 1920, abends 7/8 Uhr
- L.-Blagwitz-Lindenau-Schleußig, Fesselteller.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Seger.
  - L.-Gohlis, Neuer Gasthof.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Schwarz, Mannheim.
  - L.-Schönefeld, Gesellschaftshaus.** Referent: Reichstagsabgeordnete Genossin Wurm, Berlin.
  - Alt-Leipzig (Norden), Eldorado.** Referent: Volkskammerabgeordneter Genosse Emil Krahnert.
  - L.-Lößnitz, Stern.** Referent: Genosse Karl Dornburg.
  - Böhlitz-Ehrenberg, Große Eiche.** Referent: Genosse Erich Schilling.
  - Großschöcher, Trompeter.** Referent: Genosse Joh. Schelb.
  - Baunsdorf, Alter Gasthof.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Sauerbrey, Barmen.
  - Sommerfeld, Alter Gasthof.** Referent: Genosse Rich. Patzig.
  - Wachau, Zur Linde.** Referent: Volkskammerabgeordneter Genosse Hermann Liebmann.
  - Bösdorf, Gasthof.** Referent: Volkskammerabgeordneter Genosse Max Tunger.
  - Wiederitzsch, Neuer Gasthof.** Referent: Genosse RÜBLER.
  - Alt-Leipzig Westen I, Restaurant Brüdner, Kolonnenstraße 13, I.** Referent: Genossin Helene Plottke.
  - Miltitz, Kasino.** Referent: Genosse Rudolf Kühn.
  - Borsdorf, Feldschlößchen.** Referent: Genosse Michalk.
  - Lindenthal, Deutsches Haus.** Referent: Genosse Otto Kügel.

- Sonnabend, den 13. November, abends 7/8 Uhr
- Zwenkau, Zum Kronprinz.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Sauerbrey, Barmen.
  - Markranstädt, Gute Quelle.** Referent: Reichstagsabgeordnete Genossin Wurm, Berlin.
  - Lüßchena-Stahmeln, Gasthof Lüßchena.** Referent: Reichstagsabg. Genosse Fritz Seger.
  - Mölkau, Neue Welt.** Referent: Genosse Karl Dornburg.
  - Böhlen, Gasthof.** Referent: Genosse Kretzschmar.
  - Gröbern, Gasthof.** Referent: Genosse Pillegrner.
  - Döbitz, Gasthof.** Referent: Genossin Anna Kühn.
  - Bortitz, Gasthof.** Referent: Genosse Richard Patzig.
  - Burghausen, Gasthof Alt-Heidelberg.** Referent: Volkskammerabgeordn. Emil Krahnert.
  - Großstädteln, Gasthof.** Referent: Genossin Helene Plottke.
  - L.-Kleinzschocher, Terrasse.** Referent: Genosse Störtz.
  - Rötha, Stadt Leipzig.** Referent: Genosse Gutjahr, Leipzig.
  - Bencha-Wolfsbain-Kleinsteenberg, Reichstrone** Referent: Genosse Lindner, Colbitz.

## Die bevorstehende Landtagswahl.

Zahlreichen Besuch erwartet

**Alt-Leipzig, Bezirk Süden.** Freitag, 12. Novbr., abends 8 Uhr, im **Volkshaus** (Zimmer Nr. 9), **Funktor-Sitzung.** Alle Genossinnen und Genossen, welche bei der Wahl mit helfen wollen, werden ersucht zu erscheinen. Die Bezirksvertreter.

**Mödern.** Alle Genossinnen und Genossen, die es sich zur Pflicht machen, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen, treffen sich Sonnabend, abends 7 Uhr, im **Carolabad**, zwecks Einteilung der Arbeit. Je mehr Genossen sich beteiligen, desto geringer die Arbeit.

Die Bibliothek ist ab Dienstag, 16. November, wieder geöffnet. Bücher können Dienstag und Freitag, von abends 7/8 bis 7 Uhr, gegen Vorzeigung des Partei-Mitgliedsbuches entnommen werden.

**Kleinzschocher** (Nichtung Crispian-Ledebour). Sonnabend, den 13. November, abds. 7/8 Uhr, **Oeffentliche Wähler-Versammlung** in der Terrasse (Großer Saal). Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl. Redn.: Genosse Störtz. Zahlreichen Besuch, hauptsächlich der Genossinnen, erwartet. Der Vorstand.

**Zwenkau und Umgegend**  
Sonnabend, den 13. November, abends 7/8 Uhr  
**Oeffentliche Wählerversammlung**  
im Gasthof zum Kronprinz.  
Tagesordnung:  
**Die bevorstehende Landtagswahl.**  
Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Sauerbrey, Barmen.  
Freie Ausprache.  
Das Wahlkomitee des Ortsvereins der U.S.P.D., Zwenkau  
(Nichtung Crispian-Ledebour).

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Leipzig  
Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3426.  
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.  
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 26. S. II. Tel. 017, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

**Arbeiter im Eisengroßhandel.** Sonntag, 14. November, vormittags 10 Uhr: **Wichtige Versammlung** im Volkshaus, Nebenaal rechts. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern; 2. Ausprache. Zutritt nur für Mitglieder.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Etage, Zimmer 8-6. Tel. 12703.  
Zahlstelle Leipzig.  
Bürozeiten: Vorm. 9-12, nachm. 5-7 Uhr, Sonnab. 9-11 Uhr.

**Chemische Industrie.**  
Sonnabend, den 13. November, nachmittags 7/8 Uhr, im **Volkshaus** (Gesellschaftssaal)  
**Versammlung aller Arbeiter u. Arbeiterinnen.**  
Tagesordnung: 1. Beschlusfassung über das Ergebnis der Verhandlungen am 11. November 1920. 2. Gewerkschaftliches.  
Verbandsausweis vorzeigen! Keiner darf fehlen! Die Sektionsleitung.

**Ein Ereignis**

für jeden **Raucher** ist meine **Historia**

Zigarre pro Stück 70 Pfg.  
Für Wiederverkäufer 1000 Stück 650.-

Zigaretten von 10 Pfg. an.

Tabake: Fst. l. Crullsch. 50-Gr.-P. 2.50  
Feinschnitt 50-Gr.-P. 3.-  
Shag 50-Gr.-P. v. 4.50 an  
Schweizer Stumpfen Stück 40 Pfg.

**Z. M.** die Perle des Hauses  
Stück 1.-

Telephon **Schauff** Telephon  
18090. **Hainstrasse 23.** 18090.  
2. Geschäft: Grammaischer Steinweg 8.  
Engros-Verkauf nur Hainstrasse 23.

**ALTHOFF**

Im 1. u. 2. Stock  
**Spielwaren.**  
Die großen Ausstellungen sind eröffnet!

Für jeden Geschmack!  
Für jedes Alter!

JOE LOE

## Schnallt den Hungerriemen enger!

Das ist das Resultat, das sich bei einer Betrachtung der Zustände in unserer Ernährungswirtschaft ergibt. Wie wir bereits eingehend dargelegt haben, ist dank der unsinnigen Wirtschaftspolitik der nachrevolutionären Regierung im allgemeinen und der glücklichen Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Dr. Hermann im besonderen unsere Nahrungsmittelversorgung in eine geradezu trostlose Lage geraten. Dank der vielgepriesenen freien Wirtschaft verschlimmern sich die Aussichten für die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung von Tag zu Tag. Das haben jetzt erst wieder die Verhandlungen im Haushaltsausschuss des Reichstages erneut aufs deutlichste bewiesen. Dank der Sabotage der Agrarier ist die Ablieferung an Brotgetreide ständig zurückgegangen. Die Brotversorgung ist aufs ärgste gefährdet. Angezeigt durch die hohen Viehpreise finden Massenabflachtungen des Viehes statt, so daß die Fleischversorgung schon in nächster Zeit ganz in Frage gestellt ist. Die Preise für die notwendigen Nahrungsmittel gehen dauernd sprunghaft in die Höhe. Für die breiten Massen des Volkes sind sie zum guten Teil bereits unerträglich geworden. Der alte Spruch: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen, ist längst in das aerobe Gegenteil verkehrt worden. Die Massen des werktätigen Volkes, die alle Werte schaffen, müssen heute bereits buchstäblich hungern. Dagegen haben die bestehenden Schichten, die die andern für sich arbeiten lassen, die Möglichkeit, sich mit allen erdenklichen Nahrungsmitteln in beliebigen Mengen zu versorgen.

Von der Regierung und den an diesen Zuständen interessierten bürgerlichen Parteien, den Deutschnationalen, den Stinnes- (Deutschen Volks-)parteiern und den Demokraten, wird es so hingestellt, als handle es sich dabei nur um ein rasch vorübergehendes „Ueberspannungssyndrom“. Es wird damit die alte Methode der Täuschung fortgesetzt. Wie man den Massen immer vorgelegen hat, die freie Wirtschaft und der freie Handel werden die trostlosen Zustände in unserer Ernährungswirtschaft bald bessern, so sucht man ihnen auch jetzt wieder wegzumachen, die letzte schwierige Situation sei eine schnell vorübergehende Erscheinung. Daß dies ein offener Betrug ist, hat sich recht deutlich bei den Verhandlungen im Haushaltsausschuss gezeigt. Angesichts der greßen Not der arbeitenden Bevölkerung einerseits und der glänzenden Profite der Agrarier auf der andern Seite bringen es die Agrarier selbst, bereits einen

neuen Raubzug auf die Taschen des Volkes vorzubereiten. Ihr Führer, der Abg. Dr. Köstler, fordert jetzt, daß man auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft der Landwirtschaft überall freie Hand lassen sollte. So veranlaßt er ein Einfuhrmonopol für Getreide und ordnet die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung an. Die letztere Maßnahme soll dem Zweck dienen, die Ausfuhr nach dem Ausland, wo noch höhere Preise zu erzielen sind, durchzuführen. Auch der bereits unerträglich gewordenen Preis für Kartoffeln war ihm noch nicht hoch genug. Geradezu eine Verhöhnung der notleidenden Bevölkerung war es, als aus Hararicommune das Wort fiel: Die Landwirte lassen ihr Vieh nicht hungern. Für das Vieh, mit dessen Rucht das materielle Interesse der Agrarier aufs engste verknüpft ist, fanden die Herren warme Worte. Das Elend der notleidenden Bevölkerung dagegen läßt sie kalt.

Dabei wählten gerade die unhaltbaren Zustände in der Getreide- und Brotversorgung jeden Volkswirtschaftler veranlassen, endlich an durchgreifende Besserungsmaßnahmen zu denken. Das Bild, das der Reichsernährungsminister über die Getreideablieferung entwarf, zeigt das mit erschreckender Deutlichkeit. Während im vergangenen Jahr bis zum 8. 11. noch über eine Million Tonnen Brotgetreide ab geliefert worden waren, wurden in diesem Jahre bis zum selben Tage nur 622 000 Tonnen abgeliefert. Die Brotversorgung der Bevölkerung kann nach der Darstellung des Ministers nur durch ganz bedeutende Einfuhr aus dem Ausland anfruchtbarhalten werden. Nicht weniger als 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide müssen eingeführt werden, wenn die letzte Nation beschaffen werden soll. Dabei sind zunächst nur für 900 000 Tonnen Mittel vorhanden. Für die weiteren Einfuhren von 1,6 Millionen Tonnen, deren Kosten den ungeheuren Betrag von 12 Milliarden Mark erfordern, fehlen noch alle Mittel.

Genau so trübselig sind die Aussichten in der Fleischversorgung. Selbst der Minister mußte zugeben, daß die Preise im freien Handel in neu unerwarteter Weise ansteigen sind. Eine Preisobergrenze, die durch Verbot der Einfuhr von den Behörden angeordnet wurde, ist nicht vorhanden, da das von den Behörden eingeführte Auslandsfleisch im Einkauf bereits 45 Mark für das kilo kostet.

Außerordentlich besorgniserregend war die Mitteilung, die der Minister über die Vorkäufe machte, die zur Freigabe der Lebensmittelwirtschaft geführt haben. Wider Willen mußte er dabei erkennen, daß die unheimlichen Einfuhr der Agrarier ungeheuren. Er mußte bestätigen, daß die Süddeutschen Agrarier mit der Ablieferung an die Landwirte entsetzlich mißachtet. Hermann mußte also zugeben, daß durch den Widerstand der Landwirte die Zwangsversorgung gewaltam erschwert worden ist. Dabei wurde zugleich ein kleines Bild von der bestehenden

**Liebesgabenwirtschaft**

entstellt. Weil nämlich eine Anzahl Landwirte bereits vor der Freigabe ab geliefert hatten, wurden ihnen nachträglich nicht weniger als 58,3 Millionen Mark als Entschädigungen ausbezahlt. Es zeigte sich also wieder das alte Bild: Während man den Forderungen der Arbeiterinnen um Erhöhung der Unterstützung um einige Mark den schärfsten Widerstand entgegensetzt, hat man für die Agrarier, die nach der Auffassung der „Regierung des Wiederaufbaues“ wohl noch immer „notleidend“ sind, stets Duhende von Millionen zur Verfügung.

So also steht es jetzt im neuen deutschen Reich aus. So werden die Versprechungen gehalten, die deutschnationale Volkspartei, Zentrumspartei und Demokraten dem leider so leichtgläubigen deutschen Volke bei den Reichstagswahlen gemacht haben. Diese Parteien, die so fröhlich die Interessen des werktätigen Volkes mit Füßen treten, besitzen die Dreifaltigkeit, sich auch jetzt, vor den künftigen Landtagswahlen, wieder als Freunde der notleidenden Massen und als Retter des deutschen Volkes auszuspielen. Sie spekulieren immer wieder auf die Leichtgläubigkeit der großen Masse derer, die nach dem Sprichwort nie alle werden. Am künftigen Volke ist es jetzt, diese beleidigenden Zusatzen dieser Volksbetrüger gebührend zurückzuweisen. Wer jetzt noch als Angehöriger des werktätigen Volkes einer dieser Parteien seine

Stimme gibt, verdient kein besseres Los, als es ihm jetzt beschieden ist. Wer dagegen will, daß die bestehenden trostlosen Zustände endlich beseitigt werden, wer will, daß dem ruhelosen Spiel mit den Lebensinteressen des werktätigen Volkes endlich ein Ende bereitet wird, gibt am 14. November der wirklichen Volkspartei seine Stimme, der wählt

## die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

## Verwaltungsreform und Landtagwahl.

Am 14. November haben die Wähler auch über das Schicksal der künftigen Gemeindeverwaltungsreform zu entscheiden. Die künftige Regierung hat vom Februar 1919 bis Oktober 1920 nicht



## Die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie (Crispien-Ledebour)

Der Wahlvorschlagn II, eingebracht von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (Crispien-Ledebour) lautet:

1. Alpinetti, Richard, Buchhändler, Markt Ottenhof, Post Würzen.
2. Diebmann, Hermann, Redakteur, L.-Sellenhausen, Blauschiger Straße 25, III.
3. Denhardt, A., Gewerkschaftsangehöriger, Großschlocher, Köstlich-Ballwitz-Str. 9.
4. Müller, Mag., Filialleiter, Würzen, Weintinerstr. 2.
5. Langer, Alexander, Schreibwarenhandler, Marktstadt bei Leipzig, Markt 2.
6. Müller, Hermann, Redakteur, Leipzig-Schleußig, Probststraße 3, part.
7. Kraemer, Emil, Töpfer, Leipzig, Berliner Str. 4.
8. Barthele, Paul, Zigarrenfabrikant, Lungenau a. Mulde, Friedhofstr. 289.
9. Hebrig, Otto, Filialleiter, Quasnich Nr. 24.
10. Hennig, Auguste, Zweinaundorf, Baalsdorfer Str. 47, I.
11. Bornburg, Karl, Schlosser, L.-Volksmarsdorf, Eisenbahnstr. 128.
12. Reimer, Richard, Stuhlbaner, Hartha, Annenstr. 6.
13. Scheib, Johannes, Filialleiter, L.-Neustadt, Neustädter Markt 3, III.
14. Müller, Friedrich, Mag., Geschäftsführer, Mittweida, Schützenstraße 31.
15. Willkomm, Willi, Lagerhalter, Strehla a. G., Badergasse 157.
16. Böhle, August, Friedrich, Metallarbeiter, L.-Volksmarsdorf, Hildegardstr. 58, I.
17. Dietrich, Richard, Gustav, Former, L.-Stötteritz, Colmstr. 17, III.
18. von der Wa, Rudolf, Buchdrucker, L.-Lindenau, Kaiserstr. 5, pt.
19. Lubing, August, Bergarbeiter, Jedlitz b. Borna.
20. Dieck, Alfred, Geschäftl., Markt 6, Kirchstr. 17.
21. Denhardt, Richard, Eisenhobler, L.-Völsitz, Lobstädter Str. 11, part.
22. Weber, Mag., Filialleiter, L.-Wölsitz, Neuhäuser Hallestraße 174.
23. Pottke, Helene, Ehefrau, Leipzig, Fockestr. 8a (frühere Adresse Dorotheenplatz 3b, part.
24. Kühn, Rudolf, Metallarbeiter, L.-Lindenau, Albertiner Str. 27, III.
25. Chemnitzer, Guido, Krankenkassenangehöriger, Grimma, Schulstraße 30.
26. Klehner, Heinrich, Redakteur, L.-Möckau, Leonhardstr. 13, II.
27. Gerhardt, Hermann, Lagerhalter, Döhlitz, Mittelstr. 17, I.
28. Kronberger, August, Gewerkschaftsangehöriger, Leipzig, Brandvorwerkstr. 55, III.
29. Schillwa, Erich, Geschäftsführer, L.-Stötteritz, Holzhäuser Straße 19.
30. Wuttke, Heinrich, Buchhalter, Leipzig, Schenkenhofstr. 23, II r.
31. Hofmann, Otto, Schriftschreiber, L.-Stötteritz, Wehstr. 6a, I.
32. Pfleumer, Paul, Gemeindebeamter, Gaußsch, Hofburger Straße 31, part.
33. Kretschmar, Artur, Buchbinder, Gröbern, Wiesenstr. 7.
34. Krone, Hugo, Gemeindebeamter, Wiedersitz b. Leipzig, Hauptstraße 2, part.
35. Pörmann, Louis, Kontorist, Leipzig, Döhlitz Str. 7c, II r.
36. Kretschel, Otto, Geschäftsführer, Leipzig, Hofstr. 38, IV.
37. Dieck, Hermann, Gewerkschaftsangehöriger, L.-Möckau, Wilhelm-Busch-Str. 20.
38. Schöller, Robert, Rohprodukthändler, L.-Gohlis, Grauhofstr. 1.
39. Niehl, Walter, Klaviermacher, L.-Stötteritz, Baalsdorfer Str. 53, part. r.

## Diese Liste muß am 14. November alle ändern schlagen!

## Werbt für sie mit aller Kraft!



Zeit gefunden, diese dringende Verwaltungsreform durchzuführen. Nur einige der größten Missetaten sind in der Gemeindeverwaltung beseitigt worden. Als die Volkskammer schon ihrem natürlichen Ende entgegenging, fand noch eine Aussprache über die Gemeindeverwaltungsreform statt, bei der sich herausstellte, daß die bürgerlichen Parteien gegen jede gründliche Reform sind. Die Rechtssozialisten zogen es vor, sich vorsichtigerweise nicht festzulegen; die Regierung handelte nach dem gleichen Rezept. Nur die USP. sprach sich klar und scharf für eine gründliche Umgestaltung der Gemeindeverwaltung aus. Diese Umgestaltung muß sich vor allem auf die Beseitigung des Zweikammerstems in der Gemeindeverwaltung erstrecken. Das Einkammerstems ist auf dem sozialistischen Parteitag 1904 in Bremen in einer Resolution gefordert worden. Trotzdem schwanken die Rechtssozialisten gegenüber dieser Forderung. Wie zeitgemäß und notwendig

die Beseitigung des Zweikammerstems ist, zeigt unter andern auch ein Gutachten des Geheimrats Prof. Dr. Otto Meyer, das er auf eine Anfrage der sächsischen Regierung über die Neuordnung der Gemeindeverwaltung abgab. Es heißt darin:

„Wenn die Revolierte Städteordnung §§ 83 fgd. der Stadtverordnetenversammlung, als der unmittelbaren Vertretung des Gemeindevolkes, den Stadtrat als zweites entscheidendes Kollegium gegenüberstellt, so ist das ein Nachklang der mittelalterlichen Städteverfassung, wo im großen Rat die Vertretung der nachträglich hinzugekommenen, im kleinen Rat das alte Patriziatum sich befindet. Nach der Rev. St.-O. liegt sogar, diesem Vorhild entsprechend, der Schwerpunkt der Gemeindegewalt beim Stadtrat; er ist die Gemeindeverwaltung entsprechend dem Fürsten und seinen Ministern im monarchischen Staate, und die Stadtverordnetenversammlung hat daneben nur die Bedeutung der Volksvertretung im monarchisch-konstitutionellen System: Sie übt gegenüber dem eigentlichen Träger der Gewalt namens des Gemeindevolkes gewisse ihn beschränkende Rechte. Das stimmt nicht mehr zu den heutigen Anschauungen. Das Gemeindevolk ist und bleibt der eigentliche Souverän der Gemeinde, um diesen Ausdruck zu gebrauchen. Er bestellt durch seine unmittelbaren Vertreter, die Stadtverordneten, eine beamtete Vorstandschaf der zu führenden Gemeindeverwaltung, indem jenen zugleich gewisse wichtigere Dinge zur Entscheidung vorbehalten werden. Soweit die Stadtverordneten überhaupt tätig werden sollen, muß ihren Beschlüssen der Vorrang zukommen und die bindende Kraft gegenüber den Vorstandschafsbearbeitern.“

Dieser „Nachklang der mittelalterlichen Städteverfassung“ ist heute das schwerste Hindernis für den sozialen Fortschritt in den Gemeinden. Durch das Zweikammerstems wird den Gemeindevolkslebern das allgemeine Wahlrecht wieder so gut wie genommen. Mögen die gewählten Vertreter der Gemeindebevölkerung beschließen was sie Lust haben, wenn das hohe Ratkollegium nicht will, braucht es diese Beschlüsse nicht durchzuführen. Daher ist das Ratkollegium geradezu ein Bollwerk der Reaktion in den Gemeinden, hinter das sich die Bestehenden fest verschanzen. Dafür bietet

die Geschichte der Leipziger Kommunalpolitik seit dem Ausbruch der Revolution eine große Anzahl von Beispielen:

Die Stadtverordneten beschloßen die dreijährige Fortbildungspflicht für Mädchen; der Rat trat diesem Beschlusse nicht bei. Er wurde deshalb nicht durchgeführt.

Die Stadtverordneten beschloßen, zur Deckung der Kosten der Beschaffungsbeihilfe nur die Einkommensteuer heranzuziehen, deren Einkommen 6000 M. übersteigt. Der Rat trat diesem Beschlusse nicht bei; er wurde deshalb nicht durchgeführt.

Die Stadtverordneten beschloßen nach dem Beispiel vieler Privatunternehmer, die Verpflegungsbetriebe für die Arbeiter und Angestellten voll aus der Stadtkasse zu bezahlen. Auch die Durchführung dieses Beschlusses verhinderte der Rat.

Im Handelsgesetzbuch ist vorgeschrieben, daß die Angestellten bei Krankheit 6 Wochen Gehalt bekommen. Die Stadtverordneten beschloßen, diese soziale Wohltat auch den städtischen Auswahlsangestellten zugute kommen zu lassen; auch dieser Beschlusse wurde vom Rat nicht durchgeführt.

Die Stadtverordneten beschloßen die Uebernahme des Schornsteinfegerergewerbes in die Verwaltung der Stadt. Der Rat trat diesem Beschlusse nicht bei, der Stadtverordnetenbeschlusse wurde nicht durchgeführt.

Die Stadtverordneten beschloßen, daß am Tage der Revolutionstfeier der Dienst in den städtischen Betrieben ruhen solle, der Rat hat auch die Durchführung dieses Beschlusses verhindert.

Die Beispiele zeigen zur Genüge, wie dringend notwendig die Beseitigung des Zweikammerstems in der Gemeindeverwaltung ist. Ohne diese Beseitigung ist kein Ausbau der Gemeinden im sozialistischen Sinne möglich. Deshalb müssen die Wähler am 14. November der USP. ihre Stimme geben, damit im neuen Landtage die Reform der Gemeindeverwaltung durchgeführt werden kann.

## Die Stimmen der Frauen.

Bei den Nationalratswahlen in Oesterreich sind in den Wiener Wahlkreisen die Stimmen der Männer und Frauen durch besondere Anschläge unterschieden worden. So ist es möglich gewesen, die Abstimmung der Männer und Frauen gesondert aufzustellen. Das Ergebnis ist wie folgt:

	Stimmen	Männer	Frauen
Sozialdemokraten	435 067	218 402	216 665
Christlichsoziale	279 291	111 644	167 647
Großdeutsche	87 655	42 908	44 657
Bürgerl. Arbeiterpartei u. Demokraten	40 282	20 451	19 831
Kommunisten	14 034	8 955	5 079
Nationalsozialisten	36 784	17 793	18 991
Nationalsozialisten	18 358	8 228	10 130
Nationalsozialisten	7 298	3 918	3 380
Drel-Partei	4 608	2 147	2 461
Bauernpartei	2 203	1 071	1 132

Die Statistik zeigt, daß insgesamt mehr Frauen als Männer zur Wahlurne geschritten sind; von den 925 513 abgegebenen Stimmen entfallen 489 076 Stimmen auf die Frauen, 436 537 Stimmen auf die Männer.

Vor allem aber zeigt die Zusammenstellung, daß die Reaktion ihren Erfolg den Frauen verdankt. Während die Sozialdemokraten etwa 2000 Frauenstimmen weniger als Männerstimmen haben, zählen die Christlichsozialen für sich 56 000 mehr Frauen- als Männerstimmen! Auch die Großdeutschen haben mehr Frauen- als Männerwähler!

Das österreichische Wahlergebnis zeigt also daselbe Bild, wie die Feststellungen in jenen deutschen Wahlbezirken zur Reichstagswahl, wo man die Frauenstimmen gesondert feststellt hat. Die Frauen sind, da ihre politische Bildung infolge ihrer langen politischen Entziehung noch rückständig ist, eine leichtere Beute für die Reaktion als die Männer. Die Erfahrungen in Oesterreich wie in Deutschland predigen die Notwendigkeit intensiver Aufklärungsarbeit unter der weiblichen Bevölkerung.

Ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, soll es am 14. November wieder so werden?

Tut das eure rüttelt eure Schwestern auf, daß keine fehle keine den eigenen Feind wähle! Auf zur Arbeit!

# Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. November.

## Parteiangelegenheiten.

### Der Sitz der Zentralwahlleitung am Wahltag

befindet sich Sonntag, den 11. November, von vormittags 8 Uhr ab im Bezirksparietalsekretariat, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, 1. (Volkszeitung), Telefon 5075.

Verträge bei der Wahl, Beanstandungen und Beschwerden sind sofort durch Boten oder telephonisch der Zentralwahlleitung zu melden.

Etwas noch fehlendes Material, wie Stimmzettel, Plakate und dergl. ist im Bezirksparietalsekretariat zu entnehmen.

Die Wahlresultate aus den einzelnen Wahlbezirken und Orten sind nach Freistellung des Wahlergebnisses unverzüglich der Zentralwahlleitung, dem Genossen Schürer, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, mit genauer Angabe des Wahlbezirks, telephonisch oder durch Boten zu übermitteln.

Telephonnummern 5075, 18 025, 4596, 2721.

Eintausende Wahlresultate werden im Volkshaus bekanntgegeben.

Zentralwahlleitung der USPD, Leipzig.

**Ortsverein Alt-Leipzig, Bezirk Westen II.** Alle Genossen treffen sich Sonntag früh 8 Uhr zur Wahlarbeit bei Appenfelder, Boniatowskystraße; daselbst Bezirkswahlbureau. Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

**Alt-Leipzig, Nordbezirk.** Alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen, mögen sich im Interesse der Partei am Sonntag, dem 11. November, früh 8 Uhr, im Rest. Berliner Tor, Berliner Straße 15, bei Scherpe zahlreich einfinden.

**Alt-Leipzig, Bezirk Osten Funktionäre.** Wahlleiter und arbeitsfreudige Genossinnen und Genossen treffen sich mit Mitgliedsbuch am Freitag, dem 12. November, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Gutenberg, Johannisgasse 19/21, Hof I.

### Die Bezirksleitung.

**Wagwitz-Lindenau-Schlenzig.** Die Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, erziehen wir, sich am Sonntag, früh 7/8 Uhr, in folgenden Lokalen einzufinden: Stadt Altenburg, Lindenau, Markt, Restaurant Zedler, Weissenfelder Straße, Cafe Merseburger Straße, Restaurant Kamerun (Richter), Wagwitz, Konnenstraße 52. Mitgliedsbuch (Richtung Erbsen-Ledebour) mitbringen. Der Vorstand.

**L. Connewitz.** Die Genossen und Genossinnen treffen sich zur Flugblattverbreitung am Sonnabend, von 4 Uhr an, in der Bibliothek. Wir bitten recht zahlreich zu erscheinen.

Die Bibliothek L. Connewitz-Löhning ist Mittwochs, von 6-8 Uhr abends, und Sonntags, von 10-11 Uhr, geöffnet. Entnahme von Büchern nur gegen Mitgliedsbuch.

**Dehsch.** Die Wahlleiter von Dehsch treffen sich ebenfalls vor Beginn der Wahl in einem Zimmer der Dehscher Schule. Keiner darf fehlen.

**Gaußsch.** Das Agitationskomitee und alle Genossen, die Wahlarbeit leisten wollen, treffen sich Sonntag, morgens 8 Uhr, in der Schule, Zimmer 5.

**Löhning.** Die Genossen, die die Wahlarbeit für Zöbiger und Brädel verrichten, holen sich das Material Sonntagmorgen beim Genossen Schent, Gaußsch, Roburger Straße 53, II, ab.

**Frauen und Mädchen von L. O. H.** Heute, abends 7/8 Uhr, in der Silberpappel, Kirchstraße, Vortrag der Genossin Gerber über Frauen- und Geschlechtskrankheiten.

**Neustadt.** Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, Genossinnen und Funktionäre, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, werden gebeten, am Sonnabend, dem 10. Nov., abends 7/8 Uhr, im Restaurant Jona, Meißnerstr. 13, zu erscheinen. Parteibuch ist mitzubringen.

**Neuschönefeld.** Alle Funktionäre und alle Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich Sonnabend, dem 10. November, abends 7/8 Uhr, im Sophienhöfchen, Konradstraße.

**Ortsverein Leipzig-Stütz USPD.** Sonnabend, abends 7/8 Uhr, im Landhaus Stütz; Zusammenkunft aller Funktionäre zwecks Einteilung der Wahlarbeit. Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit noch mit beteiligen wollen, werden ersucht, sich pünktlich im Landhaus mit einzufinden. Das Wahlbureau befindet sich am Tage der Wahl im Landhaus.

### Das Wahlkomitee.

**Yausdorf.** Die Funktionäre sowie Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich Sonnabend 6 Uhr in der Albertsburg.

**Schönefeld.** Genossinnen und Genossen, welche als Wahlleiter mit tätig sein wollen, melden sich Sonntag, früh von 7/8 Uhr ab, in der Bibliothek, Stettiner Straße 64.

**Thonberg-Neureuditz.** Alle noch arbeitsfreudigen Genossen und Genossinnen kommen morgen Sonnabend, nachmittags 4/5 Uhr, zur Flugblattverbreitung in die Bibliothek. Zeigt euren Willen zum Handeln, an die Arbeit! Alle Wahlarbeiter und Arbeiterinnen treffen sich Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Bibliothek. Das Wahlkomitee.

**Stüteritz.** Alle Genossen und Genossinnen, die bei den Wahlarbeiten am Sonntag mit tätig sein wollen, treffen sich früh 7/8 Uhr, im Lokal des örtlichen Wahlbureaus, Cafe Zohlt, Cafe Weiße- und Arnoldstraße.

**L. Mäckern.** Alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen, treffen sich Sonnabend, 7 Uhr abends, im Carolahof, zwecks Einteilung der Arbeit.

**Ortsverein Wahren.** Funktionäre und alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich Sonnabend, den 10. November, abends 7 Uhr, im Vereinstotale Birkenhöfchen.

## Die soziale Fürsorge der Stadt Leipzig in der Kriegszeit 1914-1918.

II.

Die Kriegsunterstützung für ein Kind ist in der Berichtszeit in Leipzig nach und nach von 11.40 Mk. auf 27.70 Mk. monatlich erhöht worden. Desgleichen wurden auch die Sätze für die Unterhaltsansprüche erhöht, und zwar von 260 Mk. jährlich vor Ausbruch des Krieges bis auf 360 Mk. jährlich im Oktober 1918. Auf eine Abmilderung der Unterhaltsjahre nach dem Lebensalter der Kinder ist man aus verschiedenen Gründen nach wie vor nicht gekommen. Ebenso ist auch der von den unehelichen Vätern geforderte Satz für den Unterhalt der Mütter während der ersten sechs Wochen nach der Entbindung, der in Leipzig bisher 10 Mk. wöchentlich betrug, Ende 1917 auf 15 Mk. wochent-

lich erhöht worden. Die Zahl der in der fünfjährigen Berichtszeit für die Mütter der gesetzlichen Vormundschaft erhobenen Unterhaltssätze hat im ganzen 1740 betragen.

Recht dürftig sind die Ausführungen des Berichtstellers über den Kindererwerb. Die im Jahre 1911 geschaffene Pflegestellenvermittlung des Jugendamtes für uneheliche Kinder ist im Jahre 1917 auf eheliche Kinder ausgedehnt worden. Auch die Unterbringung von Kindern, deren Väter im Felde gefallen sind, vermittelt das Jugendamt seit dem Jahre 1915. Seit dem Jahre 1917 ist eine Jugendpflegerin mit der Ueberwachung der Stellungsanzeigen über Annahme und Abgabe von Kindern und schließlich auch mit der Vermittlung von Annahmen an Kindesstatt amtlich beauftragt worden.

Die

### Waisenpflege und Fürsorgeerziehung

umfassen das Gebiet der öffentlichen Erziehung. Bei der Waisenpflege wird diese Erziehung regelmäßig deshalb geleistet, weil die Erziehungsberechtigten nicht mehr leben oder zu eigener Erziehung wirtschaftlich unfähig sind; bei der Fürsorgeerziehung deshalb, weil die Erziehung der Erziehungsberechtigten versagt. Zu den sogenannten Waisenkinder gehören sowohl elternlose eheliche und mutterlose uneheliche Kinder als solche Kinder, deren Eltern zwar noch leben, aber nicht die Mittel zu eigener Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder besitzen oder sich der Sorge für diese entziehen. Alle Waisenkinder verbleiben regelmäßig bis zur Volljährigkeit in der Fürsorge des Jugendamtes, unter seiner Aufsicht, und soweit sie zu bevormunden sind, unter der gesetzlichen Vormundschaft des Amtleiters. Die Zahl der Waisenkinder unter 14 Jahren betrug in Leipzig am 1. August 1914: 1655, die Zahl der schulentlassenen Waisenpflege 967. Im

# Landtagswahl! Sonntag, den 14. November.

Gewählt wird von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Gehe jeder frühzeitig zur Wahl. Um 7 Uhr abends wird die Wahlhandlung geschlossen.

## Wer kann wählen?

Alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Tage der Wahl mindestens 20 Jahre alt sind, haben das Wahlrecht.

## Wo wird gewählt?

Das Wahlrecht kann nur in dem Wahlbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte wohnt und in die Wählerliste eingetragen ist.

Die Liste mit den Wahllokale ist am Donnerstag in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht worden. Gehe jeder nach, wo er zu wählen hat. Auch an den Plakatsäulen ist ein alphabetisches Straßennverzeichnis veröffentlicht, aus dem die Wahlbezirke und Wahlräume für die einzelnen Straßen zu ersehen sind.

Inhaber von Wahlstätten können in jedem bestellten Wahlbezirk wählen. Der Wahlschein ist bei der Wahl abzugeben.

## Wie wird gewählt?

Jeder Wähler muß sich nach dem Wahllokal begeben. Vor ihm verliert er sich mit einem Stimmzettel der Unabhängigen Sozialdemokratie, Ulke Pipinoli-Schilling. Der Wähler tritt ins Wahllokal, wo er einen amtlichen Umschlag erhält. Mit ihm geht er in den Raum, wo er unbeschadet den Stimmzettel in den Umschlag legt. Nachdem er sich an den Tisch des Wahlvorstandes, hier nennt er seinen Namen, und gibt dann den Umschlag dem Wahlvorsteher, der ihn in die Urne legt.

Mehrere in einem Umschlage enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlage enthaltene, auf verschiedene Wahlvorschläge lautende Stimmzettel sind unzulässig, was besonders zu beachten ist.

Nach der Stimmabgabe ist es Pflicht eines jeden USPD-Wählers, die Arbeiterwähler und ihre Frauen auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen, sie zu ermahnen, zur Wahl zu gehen und die Ulke der USPD, Pipinoli-Schilling zu wählen.

## Sinein in den Wahlkampf!

Jahre 1915 war ein Ansteigen dieser Zahlen auf 1732 und 1012 zu bemerken, hierauf aber ein langsames Zurückgehen bis auf 1620 und 909 am 1. August 1918. Nach dem Bericht war die Zunahme der Zahl der Waisenpfleglinge im ersten Kriegsjahre die natürliche Folge der Verhinderung von einberufenen Vätern an eigener Verpflegung und Erziehung. Als Gründe für den Rückgang der Zahl der Pfleglinge in den späteren Kriegsjahren werden der allgemeine Geburtenrückgang sowie die reichliche Bemessung der Kriegsunterstützungszahlungen angegeben. Kriegswaisen im engeren Sinne haben verhältnismäßig selten öffentliche Verpflegung in Anspruch genommen. Sie sind, wie der Berichterstatter sagt, besonders guten Händen anvertraut worden.

Im allgemeinen werden die Waisenkinder möglichst in Familienpflege untergebracht. Das Leipziger Waisenhaus ist nur Durchgangshaus und dient zur vorläufigen Aufnahme der in Familienpflege kommenden Kinder, bis sie endgültig in eine Familie untergebracht werden können. Von den in Familien untergebrachten Waisenkinder sind in der Berichtszeit mehr als die Hälfte auf die Stadt Leipzig, der Rest auf die Waisentolonien und verschiedene andere auswärtige Orte entfallen. Zu Beginn der Berichtszeit waren in Leipziger Stadtpflege 762, in Waisentolonien 423, in andern Orten 261 Waisenkinder untergebracht, am Schluß der Berichtszeit waren die entsprechenden Zahlen 724, 406, 171.

Bei der Erörterung der Ernährungsfürsorge muß der Bericht im 2. Band konstatieren: „So ist im ganzen genommen die Stadt Leipzig diejenige Stadt im Deutschen Reich, deren Er-

nährung infolge ihrer geographischen und wirtschaftlichen Lage sich mit am schwächsten gestaltet hat.“

Die Stadt hat während des Krieges Nahrungsmittel gekauft und verkauft. Eine Zusammenstellung der Umsätze für die drei Jahre 1916, 1917 und 1918 zusammen ergibt folgende Zahlen:

Eintritt im Gesamtwerte von . . . . . 114740314.89 Mk.

Verkäufe im Gesamtwerte von . . . . . 108057151.64 "

Lagerbestände in Höhe von . . . . . 7160897.01 "

Demnach Verkäufe und Lagerbestände zusammen 115218048.65 "

Ein Bruttogewinn von . . . . . 477733.76 "

Und nach Abzug der Zinsen von zusammen . . . . . 895937.50 "

Ein Verlust von . . . . . 418203.74 "

In dieser Abrechnung erscheint nicht der Betrieb der städtischen Mehlverteilungsstelle. Das Kilogramm Brot kostete im Januar 1915 33 Pfg., September 1917 40 Pfg. und August 1918 48 Pfg. Gestreckt ist das Brot worden mit Kartoffelpräparaten und gedärzten Kohlrüben! Das Pfund Kartoffeln kostete im April 1916 im Kleinhandel 6 1/2 Pfg., im Juli 1918 16 Pfg. Der tägliche Bedarf an Kartoffeln belief sich vorläufig auf 57 500 Liter. Zur Verfügung standen im Dezember 1917 nur noch 26 500 Liter. Dezember 1918 gar nur noch 31 500 Liter. Zu Beginn des Jahres 1917 wurde eine städtische Mehl- und Getreideanstalt geschaffen. Sie verteilte am 1. März im Februar 1917 18 920 Liter, im Dezember 1918 237 560 Liter. In den städtischen Speiseanstalten wurden im Jahre 1911 1.002.000 Mahlzeiten und im Jahre 1918 3 772 500 Mahlzeiten abgegeben. Bis Anfang 1916 wurde der Friedenspreis von 20 Pfg. für eine Mahlzeit beibehalten. Der Preis stieg 1917 auf 30 Pfg.

## An die Mitglieder der Sozialistischen Proletarierjugend Groß-Leipzigs!

Jugendgenossen, Jugendgenossinnen! Die dreitägige Konferenz unserer Bewegung ist zu Ende geführt. Bedeutungsfragen standen auf der Tagesordnung; Entscheidungen sollten fallen, die von einschneidender Wirkung auf unsere Organisation sein mußten. Die Frage des bedingungslosen Anschlusses an die kommunistische Jugendinternationale, der für uns ein völliges Aufgehen in der kommunistischen Parteiljugend bedeutet, stand im Mittelpunkt der Tagung. Wir hatten gefordert, daß der großen Mehrheit unserer Bewegung den Jüngsten bis etwa zum 17. Jahre Rechnung getragen wird, denn sie können unmöglich selbständige politische Aktionen einleiten und durchführen. Die Entscheidung ist gefallen. Genosse Mühlensberg vom Exekutivkomitee hat erklärt, daß die aus den erwähnten Gründen von uns geforderte Forderung einiger Punkte des Programms der kommunistischen Jugendinternationale unmöglich ist! In der Abstimmung wurde mit 145 gegen 141 Stimmen der Anschluß an die K. J. I. und damit die Verschmelzung mit der kommunistischen Jugend beschlossen und gleichzeitig die Minderheit aus der Organisation ausgeschlossen! Jugendgenossen! Die Sozialistische Proletarierjugend besteht weiter! An den Mitgliedern wird es nun liegen, sich zu entscheiden, ob sie in der kommunistischen Parteiljugend aufgehen oder das alte Programm hochhalten wollen. Den Jugendgenossen wird in nächster Zeit noch Bericht über den Verlauf der Konferenz gegeben; die Mitglieder sämtlicher Ortsgruppen werden aufgefordert, daran teilzunehmen. Die Bestimmungen werden dann bezirks- oder gruppenweise an noch bekanntzugebenden Tagen vorgenommen. Jugendgenossen und -genossinnen! Es gibt neue, zähe Arbeit zu leisten, das schädigste Gebilde muß bald in doppelter Größe ersichen. Festlich auf, ans Werk!

## Die Schulzahnlücke.

Der Rat hat sich bereit erklärt, den Beschlüssen der Stadtverordneten bezutreten, die die Erhöhung der Kosten für die Benutzung der Schulzahnlücke abgelehnt haben. Das heißt, die beiden sozialistischen Fraktionen saßen diesen Beschlüssen, während die bürgerlichen Vertreter, mit Ausnahme der Fortbildungsschullehrerin Fräulein Sanber, geschlossen für die Erhöhung der Gebühren auf 5 Mk. stimmten!

Eine geradezu glänzende Rechtfertigung des Standpunktes unserer Parteigenossen bietet eine Gegenüberstellung, die der Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees für Zahnpflege in den Schulen auf Seite 818 ff. der Zeitschrift Der Schularzt vornimmt. Er teilt das Ergebnis einer Untersuchung von achtzehnjährigen Kindern mit, die im Jahre 1913 in Worbis an 1169 Mädchen und 913 Knaben vorgenommen wurde. Da zeigte sich, daß der im 6. Jahre erzielende bleibende Vordentwurf nur bei 9,2 Prozent Mädchen und bei 7,5 Prozent Knaben noch gesund war. In Straßburg jedoch, wo 1169 Mädchen und 1163 Knaben untersucht wurden, war bei 59,4 Prozent Mädchen und 45,3 Prozent Knaben der Zahn noch gesund!

In Straßburg war 1913 die Schulzahnlücke fast zehn Jahre in Tätigkeit und hatte einen großen Prozentfuß der Kinder überwarft. Diese systematische Schulzahnpflege hat also dort Resultate erzielt, die für die Volksgesundheit von allergrößter Bedeutung sind! Aufgabe der Stadtverwaltung müßte es sein, nicht durch hohe Gebühren vor der Benutzung des Instituts abzuschrecken, sondern auf Grund der Unentgeltlichkeit einen Zwang auf die Kinder auszuüben, die Schulzahnlücke regelmäßig zu benutzen.

Billets zu Vorzugspreisen für Gewerkschaftsmitglieder. Für die Mitglieder der freien Gewerkschaften sind Theaterbillets zum Vorzugspreis von 4.80 Mk., 3.80 Mk. und 2.40 Mk. im Gewerkschaftsartell, Hotel Viktoria, Zimmer 101, zu haben. Zur Ausführung gelangt Mein Leopold, Volksklub mit Gesang in fünf Bildern. Ausführnde sind die Künstler der Leipziger Volksbühne. Die erste Aufführung findet Freitag, den 12. November, abends 7/8 Uhr, im Eisteller in Connewitz statt.

### Gewerkschaftsartell.

Elternabend, 11. Volksschule. Freitag, den 12. November, 7 Uhr, im Schulsaal: Religion und Religionsunterricht. Referent Herr Max Lomber; Korreferent Herr Oberlehrer Bülhardt.

34. Volksschule. Dienstag, den 16. November, abends 7 Uhr, im Goltenschlößchen zu Eutritzsch Elternversammlung. Tagesordnung: 1. Mitteilung; 2. Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung. Referent: Herr Lehrer Martin.

Keine Mindestfahrpreise für Schnellzüge mehr. Die Benutzung von Schnellzügen im Nahverkehr bis zu 75 Kilometer einschließend ist jetzt zum Teil von der Bezahlung eines Mindestfahrpreises

# Erob aller Unfeindungen

bleibt die Unabhängige Sozialdemokratie (Crispien-Ledebour) die revolutionäre Massenpartei

Am 14. November wird ihre Liste 2 gewählt!

abhängig. Dieser beträgt in 1. Klasse 11 Mk., in 2. Klasse 8 Mk. und in 3. Klasse 5 Mk. Das Reichsverkehrsministerium hat jetzt diese Mindestfahrpreise aufgehoben, soweit sie auf den Reichselbenbahnen nach bestehen. Die Aufhebung tritt mit dem 1. Dezember in Kraft.

**Oberschlesien, bleibt Eurer deutschen Heimat treu!** Diese und ähnliche Aufschriften tragen, wie man uns schreibt, die ober-schlesischen Briefverschlussschloßer, die jeder kaufen sollte, um dadurch im kleinen sein Teil zur Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland beizutragen. Die Marken kosten das Stück 5 Pfg. Allein berechtigt zum Verkauf sind die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Geschäftsstelle Königsstraße 18, und deren durch polizeilich beglaubigten Ausweis legitimierte Vertreter.

**Zugversauer.** Am 31. Dezember 1920 werden sämtliche Weiterveräußerungs- und Bezugsbescheinigungen ungültig. Anträge auf Ausstellung solcher Bescheinigungen für 1921 sind bis spätestens zum 1. Dezember 1920 bei dem Umsatzsteueramt, Rönnekestraße 8, einzureichen.

**Die Führung im Museum für Ränderkunde beginnt am Sonntag, dem 14. November, früh 8 1/2 Uhr, für Mitglieder, Gruppe I; 9 1/2 Uhr für Gruppe II.**

**Fleisch- und Wurstverkauf.** Freibank I: Nr. 4751-5250; Freibank II: 4461-5380. Verkauf von Fleisch und Wurst von 9 Uhr an: Baumgarten, Freyberg-Lindenau, Gährich-Plagwitz, Gährich-Kleinböcker, Wilde-Gohlis, Pohle-Anger, Müller-Connewitz, Pohle-Möckern.

**Lebensmittellieferer für Sonnabend, den 13. November.**

**Für Haushaltungen.**  
Anmeldung, Schweinefleisch: Letzter Tag — abzugeben  
Hilfskarte 68 (125 Gramin).  
Ausgabe, Auslandsschweinefleisch für Schwerkriegsbeschädigte:  
Schlußausgabe im Schlachthof vormittags 7 bis 12 Uhr und  
nachmittags von 1 bis 2 Uhr.

### Polizeinachrichten.

**Von einem Radfahrer überfahren!** Am 2. d. M. ist unweit der Kreuzung der Arndstraße in der Bagerischen Straße ein Radfahrer durch einen nach Connewitz zu fahrenden Radfahrer umgefahren und dabei verletzt worden. Zeugen des Geschehenen, namentlich solche, die über die Person des Radfahrers Angaben machen können, werden gebeten, sich recht bald bei der Kriminalabteilung zu melden.

**Der Tod unter der Straßenbahn!** Am 9. d. Mts. nachmittags 3 1/2 Uhr ist in der Dresdner Straße ein dreijähriges Mädchen unter besonders traurigen Umständen durch die Straßenbahn überfahren und sofort getötet worden. Das Kind ging in Begleitung seines Vaters die Dresdner Straße entlang. Da beide von zwei sie umstreichenden Hunden belästigt wurden, warf der Vater des Kindes, um die Tiere zu verschrecken, seinen Schlüsselbund unter sie. Dieser fiel unglücklicherweise zwischen die Straßenbahnräder. Während der Mann seine Schlüssel zurückholte, war ihm sein Kind, ohne daß er dies bemerkt hatte, gelangt. Im letzten Augenblick wurde es auch schon von einem herankommenden Straßenbahnwagen erfasst und vor den Augen des unglücklichen Vaters, der das Schreckliche nicht verhindern konnte, sofort totgefahren. Nach Zeugenaussagen soll den Wagenführer eine Schuld nicht treffen.

**Sittlichkeitsverbrechen im Albert-Wart.** Am 20. v. M. ist bei der Kriminalabteilung eine schriftliche Anzeige ohne Unterschrift über ein angeblich am 27. v. M. abends in der 8. Stunde im Albert-Wart verübtes Sittlichkeitsverbrechen eingegangen. Da hierzu noch weitere Erörterungen notwendig sind, ist es der Kriminalabteilung sehr erwünscht, daß sich der Beteiligte recht bald meldet oder ihr seine Anschrift mitteilt.

**Unfälle.** In der Nähe des Ostersteiges im Kolontal wurde am 7. November ein in der Volkstraße wohnhafter 34jähriger Arbeiter in hilflosem Zustande aufgefunden. Auf dem Wege nach seiner Wohnung ist er gestorben. Der sofort hinzugezogene Arzt stellte Herzschlag als Todesursache fest. — Am selben Tage abends gegen 7 Uhr wurde eine Privata in ihrer Wohnung, Alte Elster, an Gasvergiftung erkrankt, bewußtlos aufgefunden. Die bedauernswerte Frau leidet an Schwindelanfällen und hat bei einem solchen einen Tisch mit samt dem Gasofen umgestoßen, so daß das Gas einströmen konnte. Sie fand Aufnahme im Krankenhaus St. Georg.

### Aus der Umgebung.

**Borsdorf.** Gemeinderatsitzung. Der Garten am sogenannten Schirmmeyerischen Gemeindegrundstück wird wieder an den bisherigen Pächter zum Preise von 6 Pfg. pro Quadratmeter verpachtet. — Nachdem in Borsdorf und Lübbitz die Elektrizitätsleitungen fertiggestellt waren, versagte das Landeslokalamt die Erlaubnis zur Stromzuführung wegen Ueberbürdung des Kraftwerkes Kulkwitz. Auf Vorstellung beim Reichslokalamt wurde eine Kommission aber Aufhebung der Stromperze zugestimmt, nachdem das neue Kraftwerk Keyna Strom an die Luft abgibt. — Die Reichslokalbahn zeigt ihre Größe in Kleinlichkeiten. Einmal ist der Gemeindebeitrag zur Tunnelbeleuchtung zu niedrig, ein andermal der Wasserzins zu hoch. Jetzt wird die „Bezugsungsgeld“-Freiheit der Gemeinden aufgehoben. Wenn die Eisenbahn den Ort durchschneidet, müssen Wasser, Gas- und elektrische Leitungen durch das Bahngelände geführt werden. Dafür soll die Gemeinde jährlich 105 Mk. Bezugsungsgeld bezahlen. Selbst der Zeitraum über dem Bahngelände ist nicht frei, auch die Hochspannung muß bezahlt werden. Die Gemeinde erhebt Einspruch, weil die Eisenbahn selbst Interesse an dem Wasser- und Beleuchtungsleitungen hat. — Nach einer Ministerialverordnung sollen Schulkinder mit über 10jähriger Dienstzeit — wie die zwei hiesigen — Nachmittage werden. Sie rüden dadurch in die Gehaltsgruppe 4 auf. — Die Brandkasse für den Wasserturnus ist durch Abschaffung von 38 000 auf 142 000 Mk. erhöht worden. — Mit den Pächtern von Gemeinde-Schrebergärten und Gemüseland werden Pachterverträge abgeschlossen. Der Quadratmeter Gemüseland kostet 5 und 6 Pfg., in ummauerten Schrebergärten 12 Pfg. Jetzt sind 140 Pachterparzellen von je 300-350 Quadratmeter vorhanden.

**Wühlitz-Chrenberg.** Am 3. November, nachmittags gegen 5 Uhr, wurde am hiesigen Postamt von einem Handwagen der Firma C. Lohse, Burghausen, ein Paket mit Fröbelschen Lehrmitteln im Werte von 500 Mk. und in der Hindenburgstraße ein Retourpaket mit demselben Inhalte im Werte von 400 Mk. gestohlen. Zwei Pakete enthalten folgende Fröbelschermittel: Kleinlehrhandarbeiten aus farbigem Tuch zum Durchsehen und Sticken, Karten, gegenstände, vorgezeichnete Sticken, Nadeln, Markenstäben, Wandtafel, Sprüche, Wägenhaken, Wandbilder, Bilderlegespiele, Wandengel, Buchstaben, Stundenpläne, Zeichen- und Mal-mappen, Kachelbilderbücher usw. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Polizeiwache Wühlitz-Chrenberg.

**hr. Dörsch-Marzkeberg.** Aus dem Gemeinderat. Dem Verkehrsverein Leipzig tritt die Gemeinde als Mitglied bei. Die Lebensmittellieferung durch die Gemeinde ist bis auf die wenigen Gramm Butter und einige Kindererzeugnisse aufgehoben. Die Extranutrition an Arbeitslose kommt nach Klasse A zur Auszahlung. Von bürgerlicher Seite liegt eine Eingabe vor, die gegen die Einzelleistung von vier weiteren Vororts-gemeinden durch die Stadt Leipzig Einspruch erhebt. Wenn es auch zutreffen mag, daß durch diese Einzelleistungen die übrig-bleibenden Gemeinden geschädigt werden, so darf man doch der Entwicklung der Großstadt nicht Hindernisse bereiten. Wir stimmen daher gegen diesen Einspruch, mit uns zwei Mehrheitsmitglieder, während der dritte Mehrheitsmitglied aus dem Ortsteil Dörsch immer mit den Bürgerlichen stimmte, die dann mit dieser Stimme den Sieg davontrugen. Die Einrichtung eines Ortsbüros ist nun so weit gediehen, daß in den nächsten Tagen ein Aufruf zum Eintritt in den Ortsklub erfolgen wird. Jeder Bürger über 24 Jahre hat das Recht, sich zu melden. Die Herren Weißbach und Schenk werden zur Ausführung von Wasserwerksarbeiten zugewiesen. Ein Vermächtnis des verstorbenen Herrn Schleuving, früheren Gemeinderatsmitgliedes, in Höhe von 19 000 Mk., wurde mit Pant angenommen. Die Auktionen, zunächst nur zum

Teil, der Kinderhefenzentrale zugute. Zu bereits erledigten Reichslokalarbeiten ist ein Zuschuß in Höhe von 28 000 Mk. eingegangen. Für noch vorzunehmende Reichslokalarbeiten ist ebenfalls ein Zuschuß nachgeschickt worden. Zu Abgeordneten für die Reichslokalverwaltung des Gell (Gemeinde-Elektrizitäts-Verband Leipzig-Land) wurden gewählt: von den Bürgerlichen Herr Krüger, von unserer Fraktion Genosse Hermann Gerhardt und von den Mehrheitsmitgliedern Herr Schubert. Vollständig war auch bei dieser Wahl, wie Herr Schubert hilfsuchend zu den Bürgerlichen eilte, um ja nicht abzufallen. Da nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wurde, wäre ihnen bei der Belegung des Kollegiums auch ein Abgeordneter zugefallen, wenn sie sich (die Mehrheitsmitglieder) mit uns in Verbindung gesetzt hätten. Die Satzungen zur Gründung eines Zweckverbandes mit den Gemeinden Gaußsch und Großstädteln wurden einem Ausschuß zur Vorbereitung überwiesen. Die für den Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft seinerzeit angewendeten Mittel lassen die Bürgerlichen noch nicht zur Ruhe kommen. Höhe und höchste Behörden haben schon Urteile gefällt, halb für, halb gegen die Berücksichtigung der Existenz eines Arbeiterrates; jetzt werden die allerhöchsten Instanzen mobil gemacht. Einem zu gründenden Gemeindeverband zur Versicherung gegen Aufruhrschäden will die Gemeinde beitreten. Der Erhebung von Grund-steuern durch die Kirchengemeinde wurde mit 11 gegen 10 Stimmen zugestimmt. Auch hier verweigerte der Mehrheitsleiter die Gründung seiner Partei und stimmte mit den Bürgerlichen für die Kirchensteuern, während seine beiden Kollegen mit uns stimmten. Dem Gesuch des Schulvorstandes um pachtweise Ueberlassung von Land zur Anlage eines Schulgartens wurde zugestimmt. Hier-auf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

## U. G. B. = Wähler!

# Hütet Euch vor der Liste Geyer!

## Die Geyer-Leute sind keine Unabhängigen Sozialdemokraten!!!

Sondern Kommunisten, die  
nicht den Mut haben, sich  
Kommunisten zu nennen!

## U. G. B. D. wählt Liste Lipinski - Schilling!

**Eilenburg.** Die erste Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie nach der Spaltung wies einen außerordentlich guten Besuch auf. Alle früheren ständigen Versammlungsbesucher, sowie die tätigen Genossen sind fast restlos in der U.S.D. verblieben. Es dürfte daher nicht allzu schwer fallen, unsere Organisation auf die alte Höhe zu bringen. Das mit Beifall aufgenommene Referat des Genossen Raute behandelte, von großer Sachlichkeit getragen, die Vorgänge und Ursachen der Abspaltung. Alles Persönliche vermeidend, wies er nach, daß die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse bei der von der Not betroffenen werktätigen Bevölkerung eine gewisse Erregung und Erbitterung hervorgerufen muß. Die ungeschulten, wenig mit den tatsächlichen Verhältnissen vertrauten Massen glauben, durch Veränderung der Organisationsform bessere Zustände erzielen zu können. Bald wird die Enttäuschung kommen. Nicht durch Wahlfreudereien, nicht durch Versamm-lungsreden, sondern nur durch positives Wirken, nur durch selbst-lose aufopferungsvolle Arbeit auf allen Gebieten, in Wirtschaftsbetrieben, Gemeinden usw. kann Erleichterung für die werktätige Bevölkerung erreicht werden. Durch die Verbrecherpolitik der wilhelminischen Regierung sind wir in ein fürchterliches Elend hineingeraten. Aus diesem Elend kann kein Mensch und keine Partei ein Paradies hervorzaubern. Nur durch engen Zusammenschluß und gemeinsames Arbeiten der werktätigen Bevölkerung können wir der gut organisierten kapitalistischen Klasse den Untergang bereiten. Die Diskussion, welche sich bis nach Mitternacht ausdehnte, bewogte sich vollständig im Rahmen des Vortrags. Auf-führung und Schulung ist uns notwendiger als alle Revolutions-romantik, war der Kern der Ausführungen. Für rege Verbrei-tung der Leipziger Volkszeitung muß Sorge getragen werden. Und nun, Genossen, an Werk. Agitiert und organisiert für den Sozialismus, der nur in der Unabhängigen Sozialdemokratie un-versehrt vertreten wird.

### Gewerkschaftsbewegung.

Ein entscheidender Schritt.  
Auf dem Verbandstag der Polizeibeamten, der kürzlich in Dresden stattfand, ist eine entscheidende Wendung in der Stellung der Polizeibeamten zur Arbeiterbewegung voll-

zogen worden. Die Revolution hat auch unter Refer Beamten-schaft den bisher schon fortschrittlich Gesinnten die Möglichkeit freierer Betätigung gegeben und die Vereinigung der Polizei-beamten mehr und mehr in die Linien der Arbeiter- und Ange-stelltenbewegung geführt. Auf dem Verbandstage sind recht deutliche und durch ihre Entschiedenheit recht erfreuliche Worte gefallen. Man hat sich auch für die Anwendung des Streiks als letzter Waffe im wirtschaftlichen Kampfe aus-gesprochen und die Organisation auf gewerkschaftlichen Boden ge-stellt.

Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes sächsischer Polizeibeamter hatte nun für den 11. November nach den drei Listen eine Versammlung einberufen, mit der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsbewegung der Polizeibeamten Sachsens und der An-schluß an die „Afa“ und das Gewerkschaftskartell. Das Referat hatte der Verbandsgeschäftsführer Kanfer-Dresden. Es sei das erste, das in Leipzig die Fachgruppen der Polizeibeamten zusammengefaßt sind, es sei aber der 11. November auch ein denkwürdiger Tag, denn vor 16 Jahren wäre die Vereinigung der Polizeibeamten gegründet worden, der dann nach Ausbruch der Revolution die Gründung des Verbandes der sächsischen Poli-zei-beamten folgte. Da in den früheren Zeiten jede Verbindung, die die Interessen der Polizeibeamten wahren sollte, verbotlich war, so hätten die bisherigen Vereinigungen nur einen Gesellig-keitscharakter gehabt. Auf Grund des militärischen Systems konnten sich die Beamten nicht so zusammenschließen wie die an-dern Berufe. Durch die politische Umwandlung sei auch bei ihnen eine Wandlung eingetreten, die sich äußerlich in dem Verband zeige, der in Sachsen über 10 000 Mitglieder zähle. Die Bedeutung des Verbandes werde noch erhöht durch den Zu-sammenschluß der blauen und grünen Polizei. Die Kämpfe um die wirtschaftlichen Interessen der Beamten zwingen alle Be-amte, sich ihrer Organisation anzuschließen. Eine sehr wichtige Frage werde in nächster Zeit die Polizeibeamten beschäftigen, die der Vereinheitlichung der Polizei. Der Redner geht hierbei kurz auf die Denkschrift ein, die zu diesem Zwecke heraus-gegeben worden ist. Mit der Vereinheitlichung und Ent-militarisierung des Polizeiwesens, die sich auch auf die „grüne“ Polizei erstrecken müsse, würden die Zustände verschwinden, die den Polizeibeamten oft als Staatsbürger zweiter Klasse erscheinen lassen. Wir werden uns in Zukunft zur Unterstützung einzelner Parteipolitik nicht verwenden lassen. Wir können uns nur auf den Boden des Rechts und der Verfassung stellen. Die Verbandsleitung Sachsens hält es für not-wendig, sich der „Afa“ dem Deutschen Gewerkschafts-bund und damit auch den örtlichen Gewerkschafts-kartellen anzuschließen. Wenn zum Teil unter den Mit-gliedern darüber noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, so liegt das an der geringen politischen Betätigung der Polizei-beamten.

Der Redner geht in seinen weiteren Ausführungen auf das Wesen der Gewerkschaften ein und betont, wenn die Poli-zei-beamten in ihrer Gewerkschaft eine wirkliche Interessen-vertretung haben wollen, dann müssen sie auch die Risiken an-erkennen, die die übergeordnete Arbeiterbewegung mit Erfolg anwenden. Es ist aber auch notwendig, daß die Polizeibeamten sich stets bewußt bleiben, daß sie für das Wohl des gesamten Vol-kes da sind. Dadurch werde es dann auch nicht schwer sein, das Mißtrauen, das im allgemeinen gegen die Polizeibeamten be-steht, zu zerstreuen. Verlassen wir niemals, welchen Grad der einzelne auch haben mag, daß wir zum werktätigen Volk gehören. Profetatler ist auch für uns ein Begriff, dessen wir uns nicht zu schämen brauchen.

Dem Referat schloß sich eine Aussprache an, an der sich zu-nächst Genosse Schilling als Vorsitzender des Gewerkschafts-kartells beteiligte. Er begrüßte das Bestreben der Polizei-beamten, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen. Wenn sie sich dem Kartell anschließen wollen, sei es notwendig, daß sie sich vollständig auf den Boden der freien Gewerkschaften stellen. Wenn die Polizeibeamten dies tun, wird die Arbeiter-schaft sie in jeder Weise unterstützen.

Hauptmann Rasch, Vorsitzender der grünen Polizei, be-grüßte den Zusammenschluß der blauen und grünen Polizei und hob hervor, daß die grüne Polizei es grundsätzlich ablehne, mit der Reichswehr in Verbindung gebracht zu werden.

Genosse Scheib gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Polizeibeamten nun endlich auch dahin kämen, wo die Ar-beiter schon längst seien. Gemeinsam mit der gesamten Arbeit-erschaft zu gehen, ist der beste Weg, zu Ihren Zielen zu kommen.

Genosse Blach vom Verband der Staats- und Gemein-dearbeiter betont die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zu-sammenschlusses aller in Staats- oder Gemeinbedienst stehender Arbeiter und Angestellten.

Im Verlauf der weiteren Verhandlung wurden die einzelnen organisatorischen Fragen erledigt.

Der erste und entscheidende Schritt wäre demnach von den Polizeibeamten getan. Es handelt sich nun noch um den formellen Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zu dem nach den bisherigen Ergebnissen der Dresdner Verhandlungen die Unterlagen gegeben scheinen.

### Die Großbuchbinderei G. A. Enders und der 9. November.

Uns wird geschrieben: Daß es auch unter den Buchbinderei-beistern noch Herzen gibt, die den Großmachtsdünkel noch nicht haben ablegen können, beweist folgender Vorgang: Die Ar-beiterschaft dieses Betriebes feierte teilweise den 9. No-vember. Nach dem alten System suchte man sich aus der Feiernden 15 Personen heraus und warf diese kurzerhand aufs Straßenpflaster, darunter den 11. Betriebsrat. Die Kol-lektionshaft ist nicht geneigt, diese Maßregelung ohne weiteres hinzunehmen, sondern steht hinter den Ausgesperrten mit dem aus-gesprochenen Willen, durch das äußerste Machtmittel die Wie-derherstellung zu erzwingen, wenn nicht heute der Weg der Verständigung beschritten wird.

In allen andern Buchbindereien, wo der Revolutionstag ge-feiert wurde, sind Schwierigkeiten nicht entstanden. Ausgerechnet der Herr Vorsitzende des Deutschen Buchbinderei-besitzerverbandes, Herr W. Enders, hat aus der Neu-zeit nichts gelernt. Er hält fest an seinem Herr-im-Haus-Stand-punkt. Er steht aber mit seiner Maßregelung erfreulicherweise ganz verfallen und allein auf weiter Flur.  
Wird er jetzt geleert haben?

### Au die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Bei den Wahlen der Beisitzer zu den Gewerbe-gerichten hat sich mehrfach gezeigt, daß die Ortsausschüsse der Afa und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit getrennten Listen in die Wahl-arbeit eingetreten sind. Dies hat naturgemäß zu einer Stimmen-geripfteilung geführt, die den Gegnern zugute kommen mußte.

Die Afa und der Vorstand des Allgemeinen Deut-schen Gewerkschaftsbundes haben sich deshalb dahin-gehend verständigt, daß gemeinsame Listen aufzustellen sind. Die Ortsausschüsse werden ersucht, mit denen der Afa die er-forderliche Fühlung zu suchen.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

III.

Solches ereignete sich in der Veessiller Ortsgruppe. Das Ergebnis der Debatte bestand darin, daß Genosse Dr. Service erklärte, er wolle mit der sozialistischen Partei von heute ab nichts mehr zu tun haben. Er knöpfte seinen schönen schwarzen Rock über der Brust zu und verließ schließlich den Raum. Die noch übrige Versammlungszeit wurde hauptsächlich von der Diskussion über seine Person und seinen Einfluß in der Ortsgruppe ausgefüllt. Er sei gar kein Sozialist, behauptete Schneider, sondern ein englischer Aristokrat oder so etwas ähnliches, zwei Brüder seiner Frau dienten im Expeditionskorps, ein Neffe hatte sich bei den Terroristen gemeldet und ein zu Besuch weilender Beiter stand im Begriff, nach Kanada zu gehen, um ehemals in der Front geschickt zu werden. Doch war die Ortsgruppe trotz dieser schwerwiegenden Tatsachen nicht geneigt, ihren großmütigsten Gönner zu verlieren; die Genossen Gerrity und Goldstein wurden entsandt, ihn zu versöhnen und zurückzuholen.

Was Jimmie Higgins anbelangte, so war das Problem für ihn um vieles einfacher. Er hatte keine Verwandten, und falls er ein "Waterland" besaß, so hatte dieses unterlassen, ihn davon in Kenntnis zu setzen. Das erste, was seine "Heimat" für ihn getan hatte, war, ihn einer Kasperin zu übergeben, die ihn mit Wasseruppe fütterte, und ihn im Winter ohne Decke schlafen ließ. Für Jimmie bestand die Heimat aus einer Ansammlung von Herren und Arbeitgeberern, welche großen Lohn für harte Arbeit bezahlten und die Polizei mit Knütteln vorluden, wenn man sich zu rühren wagte. Soldaten waren für Jimmie Leute, die der Polizei zu Hilfe kamen, wenn letztere bedrängt wurde. Der Soldat folierte mit geschwelter Brust und der Kasse hoch in der Luft einher, und war in Jimmies Augen ein Hühnerhals, ein Verräter an der Arbeiterklasse.

Aus all diesen Gründen fiel es dem kleinen Maschinenleidi, dem rumänischen Juden bezustimmen und sich als Antinationalist zu bekennen. Es fiel ihm auch leicht, zu lachen und Weisheit zu äußern, wenn der Wilde ihn fragte, was es den Arbeiter kümmerle, ob der Kaiser eine Eisenbahn nach Bagdad bestimme oder nicht. Jimmie erschütterte es nicht im geringsten, wenn er las, die britische Armee weiche in Frankreich Schritt für Schritt zurück, ein zehnfache Übermacht aufhaltend. Die Zeitungen nannten dies Heroismus, Jimmie sah bloß eine Anzahl unfähiger Tölpel, vor deren Auge eine Fahne geschwenkt wurde, und die sich für einen Schilling den Besitzenden ihrer Länder verkauft hatten. Eine der sozialistischen Zeitungen, die Jimmie zu lesen pflegte, brachte allwöchentlich eine Karikaturenserie, die den Proletariat als harmlosen Toren hinstellte und "Heinrich Bied" benannte. Der arme Heinrich glaubte alles, was ihm gesagt wurde, und seine Ergebnisse endigten regelmäßig damit, daß er einen Hieb auf den Schädel bekam, so daß die Funken über die ganze Platzseite sprühten. Die allerhöchsten Ergebnisse trafen ein, wenn Heinrich Bied eine Uniform trug. Jimmie schüttelte diese Bilder aus und zeigte sie in der Fabrik, sowie bei den Nachbarn herum.

Auch die Nachrichten von den deutschen Greuelthaten ließen Jimmie kalt; er glaubte sie nicht, sie gehörten zum Gasaffair des Krieges. Waren Menschen bereit, einander mit Bajonetten aufzuspießen oder durch Granaten zu zerreißen, so waren sie sicherlich auch bereit, übereinander zu lägen; die Regierungen logen selbstverständlich bewußt, um ihre Soldaten anzuspornen. "Wie?" dachte Jimmie. "Man will mir weismachen, die Deutschen seien eine Barbarenhorde? Und ich treffe doch mit Hunderten von ihnen zusammen in einer Stadt, treffe auf allen Versammlungen mit ihnen zusammen."

Da gab es zum Beispiel die Familie Forster. Man hätte schwerlich glücklichere Menschen finden können. Sie standen "gesellschaftlich" hoch über Jimmie, besaßen ein eigenes Haus, wohlgefüllte Bücherregale, hohe Stühle und rote; als Jimmie jedoch neulich sie in einer Parteiveranstaltung aufsuchte, hatte sie ihn genötigt, zum Abendessen zu bleiben. Die Familie bestand aus dem Vater, Mutter, einer mageren, mitleiden, kleinen Frau mit liebreichem freundlichem Gesicht, vier heranwachsenden Töchtern, netten, schlanken Mädchen, und außer Emil aus noch zwei jüngeren Söhnen. Auf den Tisch kam Rindfleisch, eine Schüssel dampfender Kartoffeln, eine Schüssel Sauerkraut und ein merkwürdiger Pudding, wie ihn Jimmie noch nie gegessen hatte. Nach dem Essen wurde Musik gemacht, die ganze Familie liebte Musik über alles und hätte am liebsten die ganze Nacht musiziert. Der alte Herrmann Forster hob dabei das dicke, schwarzbärtige Gesicht mit einer entzückten Miene, als lähe er den Himmel offen. Und von solchen Leuten wollte man Jimmie glauben machen, sie spielen mit Bajonetten kleine Kinder auf, oder vergewaltigten Mädchen und hätten ihnen nachher die Hände ab!

Oder wenn Jimmie an seinen Nachbarn, den Genossen Meißner, dachte, diese gutmütige, kleine Plaudertasche. Meißner war Vorarbeiter in der Glasfabrik und beaufsichtigte etwa ein Dutzend Frauen aller Klassen beim Verspinnen der Fäden. Seine blauen Augen leuchteten Tränen, wenn er erzählte, wie er die Frauen antreiben mußte, selbst wenn sie krank oder schwanger waren. Und es waren ein amerikanischer Oberaufseher und ein amerikanischer Unternehmer, die ihm dies befohlen — keine Menschen! Der kleine Mann konnte seine Stellung nicht aufgeben, weil er eine Schar Kinder hatte und eine kranke tränkende Frau; niemand wußte recht, was ihr fehlte, doch verschlangen ihre Arzneyen das ganze Geld der Familie. Bisweilen ging Lizale Higgins sie besuchen, und die beiden Frauen tauschten Ansichten über Krankheiten und den Preis der Lebensmittel aus. Inzwischen kam Meißner zu Jimmie, der die Bahns hütete, und die beiden besprachen pfeifernd die Diskussionen zwischen den "Politikern" und den "Aktivisten" der Ortsgruppe. Und nun sollte Jimmie glauben, Männer wie Meißner stellen heilsalige Frauen an Kirchenmauern und benützen sie als Heilschleife für ihre Augen!

(Fortsetzung folgt.)

Die Leipziger Volksbühne.

Als sich im Dezember 1918 der Verein Leipziger Volksbühne bildete, drängte die dienstbefähigte Bankfirma Wagner u. Co. darauf, eine Aktiengesellschaft "Bau für Volkskunst" mit einem Grundkapital von einer Million Mark ins Leben zu rufen. Die Aktien lauteten über 1000 Mk. und wurden zum Kurs von 110 Prozent ausgegeben. Wie weit die "Volksfreundlichkeit" ging, geht schon daraus hervor, daß man die wertlosen Aktien zum Kurse von 110 auflegte; bei voller Einzahlung konnte die Firma Wagner u. Co. einen Gewinn von 100 000 Mk. verbuchen. Der Inhaber dieser Firma, Herr Richard Wagner, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des Vereines Volksbühne war und auch gleichzeitig der einzige Regisseur der "Bildungsbestrebungen" sein wollte, trat in dieser Gesellschaft auf recht sonderbare Art in den Vordergrund. Daß ihm weniger an der Volksbildung lag, als an einer guten Kapitalanlage, geht aus Aufzeichnungen hervor, ihm sei es schließlich gleich, was aus dem Unternehmen würde, gegebenenfalls würde man eine Seiffabrik, ein Kino oder sonst dergleichen daraus machen. Die Hauptfrage war eben das Geschäft. Solche Erscheinungen stehen ja innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht vereinzelt da. Das Unternehmen hatte von Anfang unter der Prospektierung dieser "Idealisten" zu leiden. Mit hochtönenden Phrasen versuchte

man in einem Rundschreiben Stimmung für die Aktiengesellschaft "Bau für Volkskunst" zu machen. Verschiedene künstlerische und der Volksbildung dienende Aufgaben sollten gelöst werden; die dazu erforderlichen Räume wollte man schaffen. Das in der Bayerischen Straße gelegene Hotel Stadt Nürnberg wurde erworben. Dieses Grundstük ist nach unserer Auffassung das ungeeignetste, wenn auch der Preis unter den heutigen Verhältnissen als einigermaßen angemessen gelten kann. Die Volksbühne hätte es nie rentabel gestalten können. Hätte sie das Geld gehabt, wären Millionen erforderlich gewesen, um es einigermaßen brauchbar zu gestalten. Und dennoch hätte der Fellegeier ewig auf dem Dache geessen. Das mußte auch ein Geschäftsmann wie Herr Richard Wagner wissen. All die schönen Pläne standen von Anfang an nur auf dem Papier; es war geduldi, alles über sich ergehen zu lassen. Im Erdgeschoß plante man große Räume für ein Restaurant und außerdem große Läden, im ersten Stockwerk ein Café mit Vereins- und Klubzimmern, im zweiten Stockwerk Vortragsäle, im dritten und vierten Stockwerk Bureau- und Verwaltungsräume. Alles, um die "Volksbildung" zu heben. Man glaubte eben, nach der Revolution als Konjunkturgewinnler unter der Parole "Volksbildung" die richtigste Kapitalanlage gefunden zu haben. Herr Richard Wagner als "Schachmeister" und Nachmann veranlagte den Umbau des Theatersaals und der Bühne mit 1/2 Millionen Mark; hineingebaut wurden, sagt und schreibt, 1 1/2 Millionen Mark. Die Volksbühne ist durch diesen "Nachmann" recht schlecht beraten worden. Er dürfte also am wenigsten über die Geschäftsunfähigkeit der Volksbühnenleitung klagen, wie er das jetzt tut.

Man sehe sich ferner die Bemessung der Miete an. Anfangs wurden jährlich 60 000 Mk. Miete inklusive Beheizung festgesetzt. Nach kurzer Zeit verlangte man 100 000 Mk. Miete ohne Beheizung; die Heizung erforderte in einem Jahr außerdem noch 85 000 Mk. Auf wiederholtes Drängen wurde endlich am 7. April 1920 der Mietvertrag zugestimmt, der dann bereits am 2. Juni 1920 von der Firma Wagner u. Co. gekündigt worden ist. Alle Verluste, die entstanden waren, sollte nun auch noch der Verein Volksbühne decken. Das mußte eben zum Ruin der Volksbühne führen. Statt, wie festgelegt, am 1. Oktober 1919 mit den Vorstellungen beginnen zu können, gelang das erst im Dezember. Während dieser Zeit mußte die Volksbühne die Gehälter für das Spielpersonal und die Löhne für die Bühnenarbeiter aufbringen. Die ersten Abonnementsgelder waren schon bei Spielbeginn aufgebraucht. Das Theater war also schon bei Spielbeginn ein totgeborenes Kind.

Als die Volksbühne im Juni dieses Jahres eine Sanktionsaktion unternahm, wurde sie wiederum schlecht beraten. Als sie dann Anteilsscheine zu verschiedenen Sätzen herausgab, die eine entsprechende Verteilung der Plätze nach der Höhe des Geldbeitrags vorzahen, ließen viele Freunde der Volksbühne lieber die Finger davon. 200 000 Mk. sind auf die Anteilsscheine gezeichnet worden, die nach dem Wortlaut des Anteilsscheins zur Anschaffung des Theaterfundus, zur Hinterlegung der behördlichen Kautions, sowie zum Betriebsfonds und zum Erwerb der vor dem unrentablen Grundstücke verwendet werden konnten. Man arbeitete mit dem gutgemeinten Plan, ein Selbstkosten-Theater zu errichten, wobei man an den "Idealismus" des Publikums appellierte. Das Theatergeschäft ist eben im Laufe der Zeit durch viele Begleitumstände unrentabel geworden. Ein Zeichen dafür, daß wirkliche Volksbildung in ganz anderer Weise betrieben werden muß. Wir befreiten der bürgerlichen Gesellschaft die Möglichkeit, auf ihre Weise überhaupt noch eine Lösung zu finden.

Wenn die Leipziger Gewerkschaften sich fernerzeit mit dem Plan beschäftigen, helfend einzugreifen, so scheiterte dieser Plan daran, daß wir der Arbeiterschaft eine von Anfang an durch die gekennzeichneten Geschäftspraktiken unrentabel gewordenen Sache nicht zumuten konnten. Die von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge liefen darauf hinaus, eine absolute Sicherheit zu erhalten; da sie nicht gegeben werden konnte, ließen sie davon ab. Die Pläne der Geschäftsmacher wurden vom Gewerkschaftsarat durchschaut, die Gewerkschaften wollten nicht dazu dienen, den Kapitalisten die Taschen zu füllen.

Kleinerdings versucht der Bankier Richard Wagner sich als Unschuldslämmerchen hinzustellen, indem er Bagatelien in den Vordergrund rückt. Was will z. B. Wagner damit sagen, wenn er in der Allgemeinen Zeitung auf die Darstellung der Volksbühne schreibt, nach Schaffung der Bureauräume sei Overweg an die Einrichtung dieser Räume mit Kubisfeffeln, Diwan, Schreibtisch und prächtigen Beleuchtungskörpern gegangen und habe dann seine Vorstandsmittglieder zu einem guten Frühstück eingeladen? Von allen diesen Ausgaben wußte der Schachmeister Herr Wagner, er selbst hat die Anweisung zum Kauf der Bureaueinrichtung gegeben, die bei einer von ihm angewiesenen Firma zum Preise von 2300 Mk. gekauft wurde und die billiger von allen vorhandenen war.

Was später aus der Volksbühne werden wird, ist schon zu ahnen. Wenn es nicht gerade eine Seiffabrik wird, so doch ein Kino oder Tingeltangel. Die besten Erfahrungen hat ja die Firma Wagner u. Co. mit dem Varieté Drei Linden gemacht, zu dem sie in einem ähnlichen, sehr nahen Verhältnis steht wie zur Volksbühne.

Wenn der Betrieb in der Bayerischen Straße dazu ausgebaut wird, kann Küllingers Verblödnungspreis in Funktion treten. K-m.

Kleine Chronik.

Fünftes Sinfoniekonzert des Philharmonischen Orchesters. Die ökonomische Entwicklung im 19. Jahrhundert bringt auf der einen Seite eine außerordentliche Schärfe der Verstandeskräfte (in Technik, Naturwissenschaften, Medizin usw.) hervor, andererseits aber bewirkt sie einen Gegenanschlag nach der Gefühlsseite hin, der geradezu in fessliche Wucherungen und Abnormitäten ausartet. Die ganze nachklassische Musik hat einen ausgesprochenen Zug von Perverstität und krankhafter Schwäche mit Raufzuständen. Selbst ursprünglich gesunde Talente werden sehr bald in diesen Strudel gezogen und auch die Musik von Goldmark, Jensen und Liszt kann ihre Zeitgebundenheit ebenso wenig verleugnen wie ihre Beeinflussung durch den großen Hypnotiseur Richard Wagner. Dem Dirigenten Phermel scheint diese Musik mit ihrer erotischen, etwas femininen Grundstimmung zu liegen; er schöpft sie so gut aus, wie das Orchester es zuließe.

Orchesterverein "Harmonie". Man geht zu Disziplinierungsmaßnahmen mit gewissen Vorurteilen. In diesem Falle mit Unrecht. Die Leistungen des amharischen Orchesters waren erstaunlich gut. Auch das Programm war einwandfrei. Man könnte einwenden, daß es Angehörigen der Bourgeoisie ein leichtes sei, auf Grund ihrer Klassenrechte an Bildung und Bildungsmöglichkeiten unabhängige Leistungen zu bringen. Doch, wie verständig wird, befinden sich auch Arbeiter in dem Harmonie-Orchester. Es wäre zu wünschen, daß sich diese Talente in den Dienst der proletarischen Bestrebungen auf musikalischem Gebiet stellen. Im übrigen ist das Spielen im Orchesterverband als Vorübung zum Vernehmen großer Orchesterwerke, wie sie die Sinfoniekonzerte des A.-B.-Z. bieten, recht begrüßenswert. Nur hingehen muß man dann auch. Ly.

Konzerte. In Räte Heinemann lernten wir eine Klavierkünstlerin kennen, die sich weit über den Durchschnitt des letzten Künstlerturns heraushebt. Vor allem erschöpft sie die Möglichkeiten, die ihr als Frau gegeben sind. Die zarten lyrischen Partien sind bei ihr von einer Weisheit und Abrundung, wie sie ein Mann nur schwer erreichen kann, ohne weislich zu wirken. Daß sie an den dramatischen Stellen durch übermäßige Kraftentfaltung versucht, männlich zu wirken — sie teilt diese Schwäche mit den meisten modernen Klavierkünstlerinnen, die alle etwas Blaustrumpf sind —, ist ein Fehler, den sie sicher noch überwindet. Warum sind sich denn unsere Musikerinnen ihrer Weiblichkeit so wenig bewußt und streben immer den Männern nach? Das Weib hat doch seine eigene, gleichwertige künstlerische Welt. — Hochinteressant war das Konzert der Sängerin Else Engler-Winter. Leider aber nur interessant. Zweifellosglänzte sich ein Klaviertrio vortrefflich zur Gesangsbegleitung. Aber die Stimme und Auffassung der Sängerin ist so völlig auf das Hochdramatische zugeschnitten, daß sie niemals in einen Konversationspaß. Ebensonemig können die Kompositionen von Weismann, Kügler und das "Lied der Frauen" von A. Sitauz jemals in einem Konzertsaal zur Wirkung kommen. Das begleitende Trio, Hamann (Violine), Kiebling (Cello) und Kögler (Klavier) ordnete sich der Sängerin gänzlich unter und setzte damit die Weisheit seiner künstlerischen Möglichkeiten, ohne aber recht zur Wirkung kommen zu können. — Anno Eilste veranstaltete einen Kammermusikabend mit fünf Bläser-Solisten vom Gewandhausorchester. Während das Fächer-Quintett von Klughardt und das Scherzo für Flöte und Klavier von Kornaut nicht über die raffinierte moderne Stimmungsmalerei hinausliefen, zeigte das Sinfonische Quintett in dieser Ausführung so viele feine und tiefe musikalische Feinheiten, daß man es bedauern muß, nicht öfter die Leipziger Künstler auf den Blasinstrumenten in Kammermusik zu hören. Fr.

Der Verein Leipziger Puppenspiele berief zu seiner Gründungssitzung ein. Die Bestrebungen, die in Leipzig aufs engste mit dem Namen Prof. Kollmanns verknüpft sind, und die auf Erhaltung und Verbesserung des alten, volkstümlichen Puppenspiels abzielen, haben gerade im Proletariat immer warme Freunde gefunden. Kollmanns hat ja auch das Arbeiter-Bildungs-Komitee für Leipzig sehr ins Zeug gelegt. Nun will man, um die Unterhaltung durch Private nicht zu sehr anzuspannen, das Ganze nach Art der Theatergemeinden auf eine breitere Grundlage, auf eine Vereinigung der Interessenten selbst stellen. Erfahrene Pädagogen wie der erste Referent des Abends, Prof. Frey, und der (übrigens mit Vorzucht zu genießende) Theaterkulturreferent haben sich der guten Sache angenommen. Alle Proletariatskrieger, die ihre Kinder vor dem Gift des Fiktionismus und der Schwärmenliteratur bewahren wollen (und in ihrer Gesamtheit stellen sie wohl die zahlenmäßig stärkste Interessengruppe dar), werden sicher an dem entstehenden Verein größten Anteil nehmen. Wir halten es für unsere Pflicht, gerade sie durch weitere Berichte über den jeweiligen Stand der Dinge zu unterrichten. Ly.

Städtisches Theater. Am Sonnabend beginnt die bereits angekündigte Aufführung von Richard Wagners Ring des Nibelungen. In der Aufführung von Ringgold sind eine Reihe Partien neu besetzt, und zwar die 3. Rheingötter mit Hedwig Borchers, Rosa Lind und Elisabeth Morletu. Die Freia singt ebenfalls zum erstenmal Paula Engert, ebenso Meta Hermann erstmals die Erda. Walter Eschner singt zum erstenmal den Wotan und Otto Salmann den Fasolt. — Die weiteren "Ring"-Tage sind: Sonntag Die Walküre, Dienstag Siegfried mit Emma Streng zum erstenmal als Brunnhilde und Meta Hermann als Erda. Am Sonnabend, dem 20., Die Götterdämmerung, in der ebenfalls Emma Streng die Brunnhilde zum erstenmal singt. — Die gesamte "Ring"-Aufführung findet unter musikalischer Leitung von Professor Otto Lohse statt.

Die "Internationale" wird heute (Freitag), um 1/2 Uhr, im Lunapark (Wahren) gespielt, Sonnabend, um der Festhalle, Brauereigarten (Stötterth).

Einen Aufruf an die Theaterfreunde Leipzigs richten die Mitglieder der freien Volksbühne: Seit Konkurrenz-eröffnung sind wir darstellendes und technisches Personal, oder doch nicht. Wir haben uns jedoch im Hinblick auf eine schwebende Sanierung zur Weiterführung der Volksbühne entschlossen, wenn uns das Publikum durch regen Besuch der Vorstellungen, deren Einnahmeerlös zum größten Teil zur Unterhaltung, Andernfalls würde die Volksbühne für immer geschlossen werden müssen, und wir wären in schmerzlicher Not brotlos. Rettet die Volksbühne und ihre Mitglieder durch Euren Besuch! Vorstellungen finden jeden Abend statt. Heute im Eisteller, Montag in den Drei Lilien, Dienstag in der Grünen Schänke.

Die Mitglieder der Leipziger Volksbühne. Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Schletterstraße 10, 2. Jag- und Fortbildungsschule, Freitag, abends 7 Uhr, Vortrag von Prof. Frey: Grundbegriffe der Physik und ihre Umwertung durch die Relativitätstheorie. Einfache Veranschaulichungen in zwei Vorträgen. Gäste willkommen.

Wunte Nachmittage für die Jugend. Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr, findet im Kaufhaus die erste Aufführung der Husfien vor Raumburg von E. S. Bethge statt (ca. 50 Mitwirkende, darunter Profop der Große, Hansmurt und Teufel). — Karten (Nr. 20, rot) im Vorverkauf nur bei E. H. Klemm, Neumarkt 26.

Die Antwort des Redakteurs. Die Dame schrieb dem Redakteur: "Mein Herr, Sie sandten mir in letzter Woche eine Erzählung von mir zurück. Ich weiß, daß Sie die Geschichte nicht gelesen haben. Am Sie auf die Probe zu stellen, hatte ich Seite 18, 19 und 20 zusammengeklebt; als ich das Manuskript zurück erhielt, waren diese Blätter nicht aufgetrennt worden. Und so weiß ich, daß Sie faul sind und Manuskripte zurückreichen, ohne sie gelesen zu haben."

Der Redakteur schrieb zurück: "Mein Fräulein, wenn ich zum Frühstück ein Ei nehme, so brauche ich nicht das ganze Ei zu essen, um festzustellen, daß es faul ist."

So erzählt, laut Frankfurter Zeitung, London Opinion. Wäre die Sache in Deutschland passiert, so hätte die Dame erwidert: "Heute muß man froh sein, wenigstens faule Eier zu bekommen." Und der Redakteur hätte, im Hinblick auf den Stand der Literatur, nichts antworten können.

Verhättnisse Diskussionen sind ja sehr an der Tagesordnung, bis in die entlegensten Gegenden hinein. Die Spaltung der Ansichten macht selbst vor den zartesten Familienbanden nicht halt, wie z. B. zwischen Schwiegermutter und Schwiegermutter. Das Streblauer Wochenblatt bringt folgende Anzeigen: "Wenn Frau Klüber in Strebla ihren großen Mund nicht halten kann wird sie dahin besorgt werden, wohin sie gehört. Schwiegermutter Feinrich." — "We u Frau" Martha Hofmann, Badergasse, ihre ich nicht fiden Lebensarten nicht unterläßt, werde ich sie gerichtlich belangen. Heinrich Kradisch." — Wenn alle "Womiten" im "W" teil gefilzt werden müßten, würden die Zeitungen viel Platz sparen, und die Polemiker, zu deutsch die Kriegführenden würden sich kurz und gemeinverständlich ausdrücken, statt lang und breit, gemein und mißverständlich. Ly.



Sächsische Angelegenheiten.

Eine ungenügende Antwort.

Am 1. Juli d. J. wurde vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe auf Grund der Reichsgewerbeordnung (§§ 128 und 128a) nachstehende Verordnung für das Bäcker- und Konditorgewerbe erlassen:

In Bäckerei-, Konditorei- und Pflaferbäckergewerbe, in Brotfabriken, in Ketsfabriken und allen sonstigen Anstalten und Betrieben, in denen Backwaren gewerbmäßig hergestellt werden, darf nur je ein Lehrling eingestellt und beschäftigt werden. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Betriebe, in denen bei Inkrafttreten dieser Anordnung bereits mehrere Lehrlinge gehalten werden. Neue Einstellungen von Lehrlingen dürfen in solchen Betrieben erst erfolgen, wenn die vorhandenen Lehrlinge sämtlich ausgebildet haben oder sonst in rechtsgültiger Weise aus dem Lehrverhältnis ausgeschieden sind. Alsdann dürfen auch Betriebe dieser Art nicht mehr als einen Lehrling halten.

Mehrere von demselben Unternehmer an einem Orte betriebene Werkstätten, Einrichtungen von Fabriken, oder ein mit mehreren Zweigstellen, auch wenn diese nicht nur Verkaufsstellen sind, sondern mit Werkstattanlage verbunden sind, sind im Sinne dieser Anordnung als ein Betrieb zu behandeln. Das gleiche gilt für den Fall, daß von einem Unternehmer am selben Ort mehrere der unter diese Verordnung fallenden Gewerbe, zum Beispiel Bäckerei und Konditorei, betrieben werden.

Diese Bestimmungen treten mit dem Tag der Veröffentlichung in Kraft und gelten zunächst bis zum 30. September 1923. Berlin, den 1. Juli 1920.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

gez. Fischel.

Die gleiche Verordnung wurde dann mit Wirkung vom 1. Juli d. J. auf Mecklenburg, Lippe-Deimold und Thüringen übertragen.

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wurde an das sächsische Wirtschaftsministerium der Antrag gestellt, die gleiche Verordnung auch für Sachsen zu erlassen, da Sachsen im Punkt Lehrlingszahl nicht nur alle andern Gewerbe in Schatten stelle, sondern auch im ganzen Reich an der Spitze stehe. So entfielen 1919 im Reichsdurchschnitt auf 100 beschäftigte Bäckergehilfen 111 Lehrlinge und 64 arbeitslose Gehilfen. Diese Zahlen wurden aber weit übertroffen in Sachsen, wo auf 100 Gehilfen 150 Lehrlinge und ca. 70 arbeitslose und mehr entfielen. Die ganze Struktur des Bäckergewerbes in Sachsen trägt die Spuren der Lehrlingszahlerei. Es gibt eine Masse Zwergbetriebe, die heute nur künstlich noch durch die Zwangswirtschaft über Wasser gehalten werden.

Schon aus rein wirtschaftlichen Gründen und besonders im Interesse der jungen Leute, die immer wieder einem falschen Schein zum Opfer fallen und sich zu ihrem eigenen Schaden einem Gewerbe aufdrängen oder sich aufdrängen lassen, hätte der Verband erwartet, daß das sächsische Wirtschaftsministerium dem Beispiel des preussischen Ministers gefolgt wäre und hier regelnd eingegriffen hätte.

Die völlig ungenügende Antwort, mit der sich in ganz Sachsen die Gehilfenschaft und insbesondere die arbeitslosen Bäcker beschäftigen werden und die zum schärfsten Protest herausfordert, lautet:

Dresden, den 23. 10. 1920.

Wie dem Zentralverband bekannt, hat das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Arbeitsministerium bereits Vorkehrungen getroffen, daß auch in Sachsen die Lehrlingszahl in Bäckereibetrieben erheblich eingeschränkt wird. Beim Bekanntwerden der diesbezüglichen preussischen Verordnung vom 1. Juli 1920 hat es gleichwohl Erörterungen eingeleitet, ob etwa eine weitere Einschränkung für Sachsen geboten erscheint. Die Erörterungen haben ergeben, daß schon auf Grund der geltenden Bestimmungen die Zahl der Lehrlinge im Bäckergewerbe erheblich abgenommen hat. Das Wirtschaftsministerium glaubt aber zunächst, von weiteren Maßnahmen abzusehen zu sollen, um jungen Leuten, die die Neigung und Befähigung zum Bäckerberuf besitzen, nicht ohne zwingenden Grund die Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Ausbildung zu nehmen.

Sollte eine Verletzung der geltenden Bestimmungen beobachtet werden, wird dringend gebeten, hieron der zuständigen Gewerbestammer unter Angabe des Namens des betreffenden Meisters Mitteilung zu machen.

Wirtschaftsministerium für Handel und Gewerbe.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Bezirk Leipzig, bemerkt dazu: Tausende arbeitsloser Bäckergehilfen haben, der Not gehorchend, in andern Berufen ihr Brot suchen müssen. Hunderte werden Ötern, wenn die Lehre zu Ende ist; dazukommen, Trost wird in der Antwort betont, daß die Zahl der Lehrlinge schon abgenommen hätte. Nur daß davon die Bäckergehilfen noch nichts gemerkt haben. Merkwürdigerweise hat das Wirtschaftsministerium nur die Innungen, nicht aber den Zentralverband gehört.

Mögen diese Zeilen den Eltern und Vormündern zur Warnung und dem Wirtschaftsministerium zur Mahnung dienen über ihre weiteren Maßnahmen.

Die sächsischen Industriellen für Landeswirtschaftsräte.

Bei Beratung der Verfassung in der sächsischen Volkstammer leisteten sich die Rechtssozialisten den Antrag, die Regierung zu erziehen, ein Gesetz vorzulegen über die Schaffung eines Landes-

wirtschaftsrates. Die Anregung dazu hatte vorher schon einmal der Abgeordnete Blüher von der Deutschen Volkspartei gegeben, der damit den Zweck verfolgte, das allgemeine Wahlrecht zu durchbrechen durch Schaffung eines berufständlichen Nebenparlamentes, in dem die Unternehmer einen verärferten Einfluß hätten. Wir haben beide Anregungen abgelehnt. Jetzt ist den Rechtssozialisten Hilfe und Zustimmung gekommen und zwar von den sächsischen Industriellen. Es wird gemeldet:

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller lehnt die vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwürfe über die Einrichtung von Bezirkswirtschaftsräten ab, da er der Ansicht ist, daß die Reichsregierung unmöglich mehr tun könne, als in einem Rahmengesetz die allgemeinen Grundrisse für die Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte zu schaffen. Diese sollten aus den einzelnen Wirtschafts- und territorialen Gebieten hervorzuziehen und müssten, wenn auch einheitliche Grundlinien für das Reich festzulegen seien, in Aufbau, Umfang und Aufgabengebiet nach den Bedürfnissen der einzelnen Gebiete eingerichtet werden. Von diesem Standpunkt aus erklärt sich der Verband bereit, an der Schaffung eines sächsischen Landeswirtschaftsrates mitzuwirken.

Wahrscheinlich fangen Herr Kölsche und seine politischen Freunde nun bald an, zu erkennen, in wessen Interesse sie sich, wenn auch unbewußt, abmühen.

Dresden. Die Dresdner Betriebsräte haben sich in einer Konferenz gegen den Beschluß der Bergarbeiter, die 8. Stunde nicht zu verfahren, gewendet. Es wurde einstimmig beschlossen, die Bergarbeiterorganisationen aufzufordern, eine Deputation nach Dresden zu entsenden, um die Verhältnisse der Industrie an Ort und Stelle selbst zu prüfen. Dann soll eine zweite gleiche Veranstaltung stattfinden, in der der Bergarbeiterdeputation Gelegenheit gegeben wird, die Meinung der Dresdner Betriebsräte kennen zu lernen. Die Kommunisten Gärtner und Quid, die in den Bergarbeiterversammlungen das große Wort geführt haben, sollen aber unbedingt mit nach Dresden kommen.

Dresden. Nach dem Genusse von Klößen, bei deren Zubereitung Stärke mehl verwendet worden war, welches eigentlich zum Plätten der Wäsche dienen sollte, erkrankte die siebenköpfige Familie des 42 Jahre alten Bäckers Joseph Kolbe unter schweren Vergiftungssymptomen. Kolbe, welcher sechs Klöße genossen hatte, ist der Vergiftung unter großen Schmerzen erlegen; Frau und Kinder, welche nur je zwei bzw. drei Klöße gegessen hatten, befinden sich nach starkem Erbrechen auf dem Wege der Besserung.

Ehrenriedersdorf. Zur Beteiligung der Stadtgemeinde an der kürzlich gegründeten Baugenossenschaft bewilligten die Stadtverordneten 100 000 Mk. aus Antiehemitteln als Geschäftsanteil.

Advertisement for 'Licht-UT-Spiele' featuring the film 'Frauen' (5 acts) and 'Der Erbe von Carlington' (Schauspiel von Ida Wüst) with Bruno Kastner and Kathe Haak. Includes showtimes and venue information.

Advertisement for 'Das Abenteuer einer Zirkusamazone' (5 acts) and 'Der Vorkaplan' (5 acts) at the 'UT CONNEWITZ' theater. Includes showtimes and venue information.

Advertisement for 'Betriebs-Räte!' (Works Councils) and 'Briketts im Landbezug' (Coal briquettes for home use) from Leipzig Automobil-Fuhrgeschäft.

Large advertisement for 'Angebot zu enorm billigen Preisen' (Offer at enormous cheap prices) by Franz Eberl. Lists various clothing items like winter coats, dresses, and children's wear with prices. Includes contact information for the shop.

Advertisement for 'Auf Landbezugschein Briketts' (Coal briquettes for home use) from Kötzschke & Heim, Leipzig, Turnerstrasse 20, II. I.

Advertisement for 'Ober-sächsische Briefverschlusmarken' (Upper Saxon envelope seals) and 'Brennholz' (Firewood) from the Holzwerk Paul Hachenberger.



# KONSUM-VEREIN

L. PLAGWITZ u. UMG.

## Spielwaren-Abteilungen

Unsere Spielwaren-Abteilungen sind geöffnet!

Es kommen grosse Posten in reicher Auswahl zu billigsten Preisen zum Verkauf.

### Thüringer Spielwaren

Gekleidete Puppen, Babys, Puppenköpfe, Bälge, Allerlei Tiere aus Holz, Stoff, Fell usw.

### Nürnberger Spielwaren

Eisenbahnen, Kinos, Dampfmaschinen u. a. Blechspielwaren

### Erzgebirgische Spielwaren

Puppenstuben und Möbel, Küchen und Einrichtungen, Pferdeställe, Kaufläden, Baukasten, Wagen mit Pferd, Schäferereien usw.

## Grosses Lager in lehrreichen Artikeln.

Fröbelarbeiten, Nähkästen, Handwerkskästen, Schnitzarbeiten, Gesellschaftsspiele für jung und alt. — Bilderbücher, Malbücher, Märchenbücher.

## Christbaumschmuck! Christbaumständer!

Mitglieder! Wenn Ihr Euren lieben Kleinen Weihnachtswünsche erfüllen wollt, besichtigt diese Ausstellungen in Eueren eigenen Geschäftshäusern. Es liegt in Euerem eigenen Interesse.

Die grosse Auswahl und die billigen Preise sind überraschend!

Ein großer Posten in Herrenstoffe  
 außergewöhnlich billig  
 6 Preislagen:  
 der Meter  
 150.— 125.— 95.—  
 85.— 68.— 45.—  
 Für Händler und Wiederverkäufer besondere Preislisten.  
**Kaufhaus Gebr. Held**  
 Leipzig - Lindenau  
 Merseburger Str. 84  
 Ecke Demmeringstrasse.

**Uhren/Goldwaren**  
 Optische Artikel in gut. Qual. b. mäh. Preisen  
 Kronleuchter in versch. Preislagen vorrätig  
 somit Reparaturen in toller Ausführung bei billigster Berechnung in eigener Werkstatt.  
**Edgar Haupt, Uhrmacher**  
 Reichenhainer Strasse 21. 12

**Dir. A. Albrecht**  
**Naturheilverfahren**  
 Leipzig, Nürnberger Strasse 4  
 Telefon 6563  
 (früher Albrechts Naturheilmassnahmen Halle a. S.)

In 1 Stde. unt. Garantie vernichten Sie Fische, Kröte, Aal, Regenwurm, etc.

**Läuse**  
 Brut (Kissen) bei Mensch u. Tier mit „Kampolida“ gel. a. l. d. Bund. un. sch. d. l. Vert. Schletterstr. 12: Gohl, Aug. Sal. Str. 57: St. Josephstr. 17.

**Johann Gottfried Seume**  
 Ein literarisches Porträt  
 Ausgewählte Werke Seumes  
 Herausg. u. eingeleitet von  
**Wilhelm Saurenstein**  
 Preis geb. 10.00, brosch. 7.50  
 Leipziger Buchdruckerei A. G.  
 Abteilung Buchhandlung  
 Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
 Postfach 6000 Nr. 3477.  
 Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

# Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

**Bestes Scheuerpulver**  
 für Haushalt, Gewerbe und Industrie.  
**Vorzüglicher Herdputz.**  
 Ueberall erhältlich.  
**Henkel & Cie., Düsseldorf**  
 Fabrikanten von „Silla“ und Henkel's Bleich-Soda.

Heute und morgen  
 Rindfleisch zum Kochen und Braten . . . Pfd. 12.00  
 Gehacktes (ohne Knochenbeilage) . . . Pfd. 13.00  
 Rindwurst und Blutwurst . . . . . Pfd. 18.00  
 Geräucherter Leberwurst . . . . . Pfd. 12.00  
**Kurt Haft, L.-Lindenau, Markt 16.**

**Grossfleischerei Wurstfabrik Oskar Deckert**  
 Leipzig-Gohlis, Johann-Georg-Str. 1  
 Verkauf:  
**Hammelfleisch**  
 beste Qualität  
 ohne Beilage das Pfund 12—13 Mk.  
**Die bekannte Blut- u. Leberwurst**  
 12 Mk. das Pfund  
**Div. Fleisch- und Wurstwaren**  
 zu billigsten Preisen in bekannter Güte.

Bettwäsche u. Küchenhandtücher  
 gelocht, Eisenstr. 65, vt. 1. 12  
 Erklärgewichte zu kauf. gel. Off. T. 92 Expedition d. Bl.  
 Sofa, Kommode, Bettst. m. M. Wäschelisch, Schreibst., Kibisch, Tisch etc. Vantage Str. 44, vt. 1.  
 Gebr. Möbel aller Art kauft Müller. Lind. Josephstr. 45.  
 Ein. Kd. Gitterbett m. Matr. zu kaufen gesucht. Preisoff. Co. Auerbachstr. 2. 11. W.  
 Abgelassene, auch zerbrochene **Schallplatten**  
 kauft zu Tagespreisen (\* Musikhaus Stern 90 Windmühlstr. 17. Musikhaus, Petersstr. 17. „Merkur“, Laden im Hof.)  
**Gebr. Schallplatten**  
 auch Bruch kauft Woll. Sternwartenstr. 30. Wohnungsheim mitbring. Sie verk. Ihre alten u. zerbr. **Schallplatten**  
 am günstigsten an Jeremias Neureubn. Stötterstr. 9. 9.

Ab jeden Freitagmittag bis Sonnabend  
 ausgeschlachtetes Gänsefleisch Pfund Mt. 15.—  
**Gänseklein 11.— Junge Brathähnchen 11.—**  
 Kein heuschalchtes Wurstwaren Pfd 26.—  
**L.-Lindenau, Demmeringstrasse 1, P. Edmund Gieperner.**

**Billige Fleisch- und Wurstwaren!!**  
 Solange Vorrat!  
 Br. bestes Rindfleisch . . . . . Pfd. 4 12.—  
 Rindsausage . . . . . „ 14.—  
 Gr. hausf. Blut- u. Leberwurst . . . . . „ 14.—  
 Gastwirte und Wiederverkäufer Preisermäßigung.  
**Chr. Müller, Fleischermeister**  
 L.-Volkmarisdorf, Kirchstrasse 48.  
 Telefon 61073.

**Licht- und Naturheilverfahren**  
**F. H. Geißler**  
 Blutreinigungskuren, Sorgf. Behandlung. Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Lenden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. **Piaffendorfer Str. 14. 2**

Preis 60 Pfg. **FREIE WELT** Preis 60 Pfg. Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

# Nur noch kurze Zeit dauert der Damenmäntel-Verkauf

In Tapiserie — Posamenten — Wollwaren — grösste Auswahl

Petersstrasse 14-16 **Otto Freyberg** Petersstrasse 14-16

**„Königs-Pavillon“**  
Promenadenstraße 8 (Thomasring)

Fernruf 19271 Vom 12.-18. November  
Der III. Abenteuer-Film  
aus dem „Nirvana-Zyklus“

**„Der Ruf über  
das Meer“** 6 Akte  
voll unfaßlicher u. undenkbarster  
Sensations-Abenteuer  
aus dem Reiche des  
**Opium-Lasters.**



**Persönliches Auftreten**  
(abends 7 und 9 Uhr)  
der kleinen allerliebsten  
**„Käthe Lo“**  
der reizenden und  
jüngsten Filmschauspielerin  
als  
**Spitzen-Tänzerin**  
in ihren neuesten Fantasiestücken.  
**„Der Kinoprinz“**  
Lustspiel in 2 Akten.

**„Kasino-Lichtspiele“**  
Neumarkt (Dresdner Hof)

**2 Erstaufführungen 2**  
Der erste verfilmte  
Roman von **Carl May**

**„Auf den Trümmern  
des Paradieses“**

Sensations-Drama aus dem Kapitel  
„Der Überfall“ nach  
**Carl Mays Reiseabenteuer**  
Von Stambul nach Bagdad  
6 Akte 6 Akte



**Hanni Weiße**  
und **Reinhold Schönzel**  
die Sterne aus  
**Die Apachen**  
in dem 5aktigen großen Drama  
**Das Abenteuer des Sträflings Nr. 13**  
(Marquis d'Or).

**In jedem unserer Theater**  
Kassenöffnung 4 Uhr — Wochentags — Anfang 4, 6, u. 8 1/2 Uhr

Erstaufführung



für Sachsen!

Ab heute

Freitag!

Die gewaltigste Tragödie der Gegenwart!  
Das erschütterndste Drama, welches die Weltgeschichte  
kennt.  
Grauelikten eines entmenschten russischen Gouverneurs  
Schreckensbilder aus der Hölle der sibirischen Bleiwerke  
Nach den Aufzeichnungen russischer Emigranten



**Die Schmiede  
des Grauens**

Schildert die Schrecken und Grauen sibirischer Bleiwerkwerke und  
die entsetzlichen Qualen und seelischen Schmerzen der nach  
Sibirien Verbannten in ergreifenden Bildern.  
**Aus dem Inhalt:** Durch die endlosen Eisgefilde Sibiriens. —  
Die geheime Entführung. — Deportiert. — Der Geheimbund der  
Revolutionäre. — Die Tat der Verzweiflung. — Eine Bestie in  
Menschengestalt. — Der Überfall auf den Goldtransport. — Die  
Verfolgung des Goldräubers. — Dem Wahnsinn verfallen. — Mit  
dem Todeleinde zusammengeschmiedet. — Die furchtbare Gruben-  
explosion. — Der Tag der Freiheit usw.  
**Was sagte die Presse anlässlich der Sonder-Vorführung?**  
Die Schmiede des Grauens, ein neuer Prachtfilm von der Bayerischen  
Filmgesellschaft gelangte kürzlich vor einem Kreise geladener Gäste in den  
Kammer-Lichtspielen zur Vorführung. Der nach Aufzeichnungen russischer  
Emigranten verfasste Inhalt der Neuheit führt den Zuschauer in die zerris-  
sene Zeit und veranschaulicht in realistischer Weise die Gewalttaten eines  
entmenschten russischen Gouverneurs und Schreckensbilder aus der Hölle  
sibirischer Bleiwerke. Den Höhepunkt bilden die atemberaubenden Szenen, die  
sich in einem Bergwerke bei einer Explosion in den Stollen des Werkes  
abspielen. Inszenierung, Darstellung und Photographie sind ausgezeichnet.

**Kammer-Lichtspiele** Windmühlen-  
strasse 7  
Am Königsplatz

Zigarrenformen s. Kauf gel.  
Karten A. 10. 11. 12. 13. 14. 15.  
Kanonenhaken mit Rohr und  
Kopfenw. s. ff. gel. Dreifach-  
s. ff. gel. Vierfachstränge 2, 11. 11.  
Spindelbohrer neu. 1. 1. 1. 1. 1. 1.  
s. ff. gel. 82. 83. 84. 85. 86. 87.  
Spindelbohrer neu. fault  
Gotthard, St. Obermannstr. 3.

**Gold-  
Silber-  
Platin-  
waren**  
O Quecksilber  
Kupfer  
Messing  
Rotguld  
Blei  
s.w. kauft  
**Schuster & Heise**  
Bayerische Str. 33

**Zinn, Zint, Blei**  
u. a. Metalle  
fit. id. Götken  
Müller, Wurzen Str. 31

Wegen des Riesen-Andranges noch  
eine weitere Woche!

Bisher verboten gewesen!  
Das Tagesgespräch von Leipzig!  
Das gewaltigste dramatische  
Filmwerk der Erde  
**Cabiria**  
Nur noch ab heute Freitag bis  
Donnerstag, den 18. or., nur allein  
im  
**Welt-Theater**  
Barfußgasse (am Markt)  
Anfang 4, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr.

Alle, auch zerbrochene  
**Grammophonplatten**  
zu Tagespreisen  
kauft a. Selbstverbraucher  
Schallplattenfabrik  
**Isi-Werke**  
Leipzig, Dessauer Str. 28

**Grammophon-  
Platten** und Bruch  
kauft **Th. Kerstan**,  
Leipzig, Rüdern, Neuhäuser  
Ballische Straße 209, III. I.  
s. u. D. Rad kauft  
Weidmannstr. 2, I. r.  
Kinderwagen od. Klappwa.  
Eis. Kindergerüst lacht  
Rost, Täubchenweg 58, I. I.  
Kuppenwagen s. ff. gesucht  
Bürgerstr. 68, IV. Kleeberg

**Kaufe**  
Gold- u. Silberwaren  
Platin // Uhren  
Schmuckgegenstände  
**Max Israel**  
Uhrmacher-Aden  
Bismarckstraße 51

**Lindenaue**  
**Lichtspiel-Haus**  
Lütz. Str. 19, Nähe Markt / fr. Weltoptikum  
Heute bis Montag:  
Erstaufführung für ganz Leipzig!  
Achtung! **Die Augen von Jade**  
**der Welt** Film  
Außerdem: Die Detektiv-Sensation  
**!!! Salonpiraten !!!**  
Sonntag 3 Uhr: Kindervorstellung

**FILMPALAST**  
L.-Lindenu, Gundorfer Straße 31.  
Heute bis Montag:  
Grosses Doppel-Programm!  
**„Entblühterte Blüten“**  
Berl. Sittendrama **Mia Pankau** Hauptdarstell.  
in 6 Akten mit **LILLI** von LILLI  
**Der Hund von Baskerville**  
VI. Teil: Das Haus ohne Fenster  
Sensations-Schlag in 6 Akten

**Schlosskeller-Lichtspiele**  
Dresdner Straße 56  
Vom 12. bis 15. November  
**Die Maskedestodes**  
oder: Der Mann mit dem Silberkollet.  
Hochromantisches Drama in 6 Akten mit  
**HARRY HIGGS** (Hans Mierendorff)  
**Mein Wille ist Gesetz**  
Spannendes Drama in 4 Akten m. Bernd Aldor  
Freitag, Sonnabend und Sonntag;  
Grosse Jugendvorstellungen!

**Billige Schokolade**  
nur feinste Qualitäten  
Nuß- und Speiseschokolade  
**100-Gramm-Tafel 6.-**  
Feinste Albert-Keks Rolle 2.50  
Süßkr. 1 **Herm. Wörster** Süßkr. 1

**Lichtspiele**  
**Zschocher**  
Telephon 40960 .-. Inhaber: M. Raschke  
Trotz aller Schwierigkeiten, die mir entgegengestellt werden,  
kommt als **alleiniges Erstaufführungsrecht für Leipzig-  
West** das **gewaltigste dramatische Filmwerk der Erde:**  
**„CABIRIA“**  
Keine Unkosten gescheut, wenn nicht heute, dann aber  
bestimmt **Freitag, den 19. November**, zur Vorführung mit  
einem **extra starkbesetzten Trompeten- u. Posaunenchor.**  
**Ab heute bis Montag**  
Das seit Monaten mit grösster Spannung erwartete  
**Sitten-Monumental-Filmwerk**  
**Das Mädchen aus  
der Ackerstrasse!**  
7 Akte II. Teil 7 Akte  
**Der Mann in der Falle!**  
Spannender Detektiv-  
Film in 5 Akten.  
Einlass 4 1/2 Uhr.



**Gerichtssaal.**

**Hunderttausend Heberzieher** aus akademischen Kreisen gestohlen hatte der Student Willi Heimbücker, welcher darauf vom Landgericht Leipzig wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden ist. Von der Anklage der Urkundenfälschung und des Betruges hat ihn die Strafkammer am 26. April freigesprochen. Der Angeklagte hatte nämlich in einem der Heberzieher einen Brief gefunden, welchen der Vater des Eigentümers an diesen geschrieben hatte. In dem Brief schied der Angeklagte ein Telegramm, welches er mit dem Namen des Sohnes unterschrieb und er hat darin um telegraphische Heberziehung von 500 Mk. Der Sohn erhielt darauf am nächsten Tage die 500 Mk. ausgezahlt. Der Angeklagte selbst hat keine Anklagen gemacht, das Geld in seine Hände zu bekommen. Das Gericht nahm an, daß in diesem Falle eine strafbare Urkundenfälschung nicht vorliege, weil kein vernünftiger Grund für die Handlungsweise des Angeklagten ersichtlich sei. Gegen das freisprechende Urteil vom 26. April legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht hob darauf, soweit der Angeklagte wegen Urkundenfälschung freigesprochen worden ist, das Urteil auf und verwies die Sache in diesem Umfange an das Landgericht zurück. Eine Urkundenfälschung liegt in diesem Falle doch vor, denn der Angeklagte hat den Vater des Miteigentümers dadurch getäuscht, daß er ihm das Telegramm mit dem Namen seines Sohnes unterschrieben sandte.

**Wuchergericht.**

**Mehlschiebung.** Der Bäckermeister Martin Gelbrich in Taundorf, der Kaufmann Ewald Gelbrich in Leipzig, der Gutsbesitzer Louis Wabewitz in Clemen, Post Bockelwitz, der Mühlenbesitzer Artur Priemer, sowie sein Sohn Oswin und seine Tochter Anna aus Taundorf bei Leisnig und der Mühlenbesitzer Emil May in Keiselschlag bei Taundorf sind beschuldigt, an einer Mehlschiebung beteiligt gewesen zu sein.

Am 15. Dezember 1919 wurde in Groß-Bothen durch den Genzarmerlewachtmann ein Lastkraftwagen angehalten, in dem sich bei der Durchsicherung unter Notkraft verstreut 27 1/2 Zentner Weizenmehl in 19 Säcken befanden. Die angestelltesten Erörterungen über die Herkunft des Mehles ergab folgendes:

Angeblick im Auftrage eines Unbekannten mit dem Spitznamen „der blaue Franz“, den er in einer Weinstube im Frühling kennen gelernt haben wollte und der ihm erklärte, daß er notwendig Weizenmehl brauche, wandte sich einige Tage vor dem 15. Dezember der inzwischen verstorbene Handelsmann Max Händler aus Taundorf an die Mühle Priemer. Er verhandelte mit der Tochter, die die schriftlichen Arbeiten im Mühlenbetriebe erledigte, diese erklärte sich schließlich bereit, ihm mehrere Zentner Weizenmehl zum Preise von 150 Mk. pro Zentner abzugeben.

Nach weiteren Ermittlungen ist in der erwähnten Weinstube im Besitze mehrerer Gäste, unter denen sich auch Ewald Gelbrich befand, die Frage der Fahrwerksbeschaffung besprochen worden. Einer der Gäste erklärte sich bereit einen Lastkraftwagen zu besorgen. Der Kraftwagen sollte am 15. Dezember 1919 gegen 1/8 Uhr am Bahnhof Groß-Bothen sein und dort weitere Anweisung erhalten.

Am 15. Dezember früh ließ sich Händler von Martin Gelbrich ein Geschäft, mit dem er zur Mühle Priemer fuhr, um das bestellte Mehl abzuholen. Der Müller Priemer und sein Sohn Oswin, die schon von allem unterrichtet waren, drückten das Mehl aus der Bohnung und luden es gemeinschaftlich auf den Wagen. Händler bezahlte und fuhr nach der Pabstmühle des May. Hier hatte sich inzwischen auch Martin Gelbrich eingefunden. Die 15 Zentner Mehl wurden auf den erwähnten Lastkraftwagen umgeladen. Von den Wägern Gelbrich ist dem May Weizen zum vermaßten angeboten worden: den May auch angenommen und für Gelbrich vermaßten hat. Der gelieterte Weizen ergab 12 1/2 Zentner Mehl, diese 12 1/2 Zentner wurden mit auf den Kraftwagen geladen. Auf der Fahrt nach Leipzig ist dann die Fahrt, wie schon erwähnt, angehalten und beschlagnahmt worden. Mit diesem Falle steht auch eine zweite Mehlschiebung in Verbindung, die im Oktober 1919 stattgefunden hatte. Damals hatte Händler von Wabewitz 12 Zentner Weizenkörner gekauft, die dessen Sohn nach der Pabstmühle gefahren hatte. Das daraus gemahlene Mehl hatte Händler dann nach Leipzig verkauft. Alle Beschuldigten bestreiten hartnäckig, an der Mehlschiebung beteiligt gewesen zu sein. Durch die aufgenommene Beweisaufnahme kam

das Gericht zu folgendem Urteil: Martin Gelbrich sechs Monate Gefängnis, 20 000 Mk. Geldstrafe, Oswin u. Anna Priemer ein Monat Gefängnis, 10 000 Mk. Geldstrafe und Emil May zwei Monate Gefängnis, 5000 Mk. Geldstrafe. Dadurch, daß Händler gestorben ist, ließ sich die Schuldfrage gegen Ewald Gelbrich, Artur, Oswin u. Anna Priemer nicht voll aufrechterhalten, sie wurden daher freigesprochen. Das Urteil ist auf Kosten der Angeklagten in den Leipziger Neuesten Nachrichten und in der Volkszeitung für das Publikum zu veröffentlichen.

**Brustkasten der Redaktion.**

Gelesen: 1. Wenden Sie sich direkt an den Reichsfinanzminister v. Raumer. 2. Wie hoch die Befolgung ist, können wir nicht angeben. — 3. Mk. Parzelle.

Kleinrentner. Sobald Erwerbsarbeit geleistet wird, die entlohnt wird, besteht auch eine Steuerpflicht.  
365. Die Maschine gehört nach unserer Meinung dem zweiten Käufer, da ja der erste erklärt hat, daß er sie nicht haben wolle.  
K. P. Wahren. Wenn Sie nicht vertraglich vereinbart haben, daß Sie solche Ergänzungen vornehmen wollen, so hat dafür unter allen Umständen der Hauswirt aufzukommen. Sehen Sie ihm eine Frist, und wenn er innerhalb dieser Zeit den Ofen nicht in Ordnung bringt, so lassen Sie das selbst besorgen und ziehen Sie den Betrag von der Miete ab.  
Kr. 2. Wenden Sie sich an das Gewerbeamt, Neues Rathaus.  
M. 14. Das Verfügungsrecht haben beide, Mann und Frau. Naturgemäß. Auf alle diese Fragen können wir Ihnen keine Auskunft geben. Sie müssen sich schon selbst an den Verein wenden.

**Die beste Bekämpfung der Schundliteratur**

ist das Werden neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

**Ämliche Bekanntmachungen.**

**Krank- und Aufrufkrankheit ist ausbrochen** im Städtischen Vieh- und Schlachthofe und in den Grundstücken Längner Straße 104, Karl Krause-Straße 17 und Zweinaundorfer Straße 48. Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehseuchengesetz und § 41 der fächlichen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 werden die Grundstücke als Sperrbezirke und der 18. und 22. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiete bestimmt.  
Im Grundstück Längner Straße 94 herrscht die Seuche nicht.  
Leipzig, am 11./11. 20. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Allgemeine Ortskrankenkasse Markfrankstädt**

Zu der am Freitag, dem 19. November 1920, abends 8 Uhr im Restaurant Deutsches Haus hier, Parkstraße, stattfindenden  
**2. ordentlichen Ausschubssitzung** werden die Herren Ausschussmitglieder hiermit eingeladen.  
Die Teilnahmeberechtigten erhalten noch besondere Einladung.  
Tagesordnung:  
1. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1920.  
2. Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 1921.

**3. Änderung der Dienstordnung.**

4. Verabschiedung.  
Markfrankstädt, am 12. November 1920.  
Der Kassenvorstand.  
L. Budisch, Vorsitzender.  
Der von uns beschlossene 1. Nachtrag zur Leihhausordnung der Stadt Leipzig vom 29. Juli 1913 ist von Ministerium des Innern genehmigt worden und liegt von heute ab vier Wochen lang im Finanzamt, Rathaus, Hauptgesch., Zimmer Nr. 335 und in der Verwaltung des Leihhauses, Vorplatz, zur Einsichtnahme aus.  
Der Nachtrag tritt mit dem 15. November 1920 in Kraft.  
Leipzig, am 11./11. 20. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Laucha.**

1. 30 Gramm Butter (1.45 Mk.) und 100 Gramm Kofosfett (3.20 Mk.).  
2. Sonnabend, vorm. 8—11 Uhr, Briefverkehrsamt in Bunge's Grundstück, 1/2 Zentner 8.25 Mk. gegen Vorlegung der Kohlenkarte. Der Stadtrat.

**Sparkasse Paunsdorf.**

Geschäftszeit:  
Montags bis Freitag 8—2 Uhr,  
Sonnabends 8—1 Uhr.  
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.  
Vollschaffungsamt Leipzig Nr. 41 300.  
Kontrollkarten.

**Metallarbeiter**

**Verband** Die Bibliothek liegt an den Alltagsarbeiten. Die Bibliothek liegt an den Alltagsarbeiten. Die Bibliothek liegt an den Alltagsarbeiten.

**Gänzlicher Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe!**

Blusen und Röcke eigener Anfertigung sowie Stoffe und Volles zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Eisenbahnstrasse 62, Eingang Thümmelstr., im Blumenladen.

**Kognak-Rum-Arrak Liköre**

Jamaika-Rum-Verschnitt . . . Flasche Mk. 48.—  
Kognak-Verschnitt . . . . . „ 45.—  
Franz. Weinbrand-Kognak . . . . . „ 55.—  
Gebirgsgeist Edelbranntwein . . . . . „ 40.—  
sowie eine große Auswahl anderer Liköre und Weine.  
**Alfred Krieger Nachf., L.-Lindenau, Merseburger Str. 70.**  
Achtung! Als Freitag nachm. verkaufe Achtung!  
Hammelfleisch à Pfd. 11.— Mk.  
Rindfleisch . . à Pfd. 11.— Mk.  
Gehacktes . . . à Pfd. 12.50 Mk.  
Diverse Wurstwaren in bekannter Güte.  
**L.-Gohl's, Mückersche Strasse 27.**

**Fußbodenlackfarbe**

in gar. Friedensqual., kg 19.8, hochglanz., harttrocknend und sehr haltbar. Billig! Vorreichliche für Fußböden, kg 20.8, erzeugt erlitt. Haltbarkeit! Wandstichlackfarbe, abwaschbar, braun, kg 12.8, grau 19.8. Badfarbe in den bunten Tönen, kg 18.8, Möbel-Emaill., schneep., weiß, hellgrau, kg 30.8, Fußbodenstaub, raff. la., 1 Pfund 6.8, Firnis, garantiert rein, kg 28.8.  
**Rühnerl & Co., Emilienstr. 42. Tel. 5719.**

**Familien-Nachrichten**

**Herzlichen Glückwunsch** bringen wir unsern lieben Eltern und Großeltern **Gustav Sturm und Frau Luise** zu ihrer Goldenen Hochzeit dar. Möget ihr, liebe Eltern und Großeltern, noch recht lange in unserer Mitte weilen. Euer dankbarer Kinder und Enkelkinder.

**Am 10. November verstarb plötzlich durch Unglücksfall unter Sportgenossen**

**Alfred Röhrig**  
Sein aufrichtiges Benehmen sichert ihm ein dauerndes Andenken.  
**Fußball-Abteilung des Turnerbund Stötteritz**  
Mitgl. des F.T. u. S.V. 8.  
Treffen zum letzten Geleit Sonnab. 3 Uhr Weintraube.

**Übernahme!**

Der sehr geehrten Einwohnerschaft Leipzigs Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß wir die **Kaffee- u. Speise-Wirtschaft mit Frühstückstube** Melisstraße 30/32, Durchgang Franziskanerb. in käuflich übernommen haben. Das Lokal ist vollständig renoviert! Tägl. reichhalt. preiswerte Speisen u. Getränke. Unter Bestehen wird stets sein, alle uns besuchenden Gäste zur vollsten Zufriedenheit zu bewirten und bitten wir um gütige Unterstüzung.  
**Richard Rehm und Frau**  
früher Rehm's Restaurant, L.-Unger, Bernhardtstr. 8.

**Arbeiterfrauen! Beruft Euch bei Euren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung!**

**BRENNHOLZ**  
hart u. weich, gar. trockene Ware  
offenlang geschnitten u. gepalpen,  
zu äußersten Preisen, ab Lager u. frei Haus, empfiehlt  
**PAUL MEYER, Inh. Arthur Wagner**  
L.-Sollnerhausen, Ostholmstraße 19  
Telephon 61 115

**Blusen Billig!**  
Röcke  
Nicolait. 5, in Speck's Hof  
im Durchgang Laden 28  
**P. Schmitz.**

**Barchent Mel. 12 Mk.**  
Sembentuch, Bettzeug, Inlett  
Barchent, Tischwäsche  
Dan. Sembent, Anzug- und  
Kleiderstoffe, Strümpfe  
an Händler und Private  
Besonders preiswert  
**Bäder** Rantäbder Stein-  
wan 33, I. Tel. 3845

**Bücher aller Art** erhalten die Leser unserer Zeitung vornehmlich durch unsere Buchhandlung. Wenn gewünscht nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Bücher und die Auszüge der Volkszeitungen, Bestellungen, entgegen. Ferner Zeitschriften regelmäßige, logisch nach Erscheinung bestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubestellungen zu machen, damit auf die ersten Nummern des Jahres von uns rechtzeitig ausgestellt werden können.  
**Leipziger Buchdruckerei**  
Aktiengesellschaft  
Abteil. Buchhandlung  
Hauptgeschäft:  
Leipzig, Taubert Str. 19/21  
Filialen  
Vollshaus Leipzig, Seher Str. Leipzig, Dr. Ellsabethstraße 19  
L.-Lindenau, Obermannstr. 1  
L.-Plagwitz, Weidenfeller Str. 2  
L.-Pforta, Dieckmannstr. 1  
L.-Schönefeld, Stett. Str. 84  
L.-Thonberg, Reichenb. Str. 2  
L.-Stötteritz, Ferd.-Joh. Str. 2  
L.-Connewitz, Boznerstr. 2  
L.-Gohlis, Lindenb. Str. 2  
L.-Curtzsch, Magdalenenstr. 2  
Leipzig-Weißitz, Hauptstr. 87  
Böhlitz-Oberebn., Wittenerstr.

**Preiswerte farbige SCHUHWAREN**

Damen-Halbschuh in braun, grau, beige, v.	125 <sup>00</sup>	Herren-Strapazierstiefel in braunem Fallleder	175 <sup>00</sup>
Ia. braun Rdbox-Damen-Stiefel	210 <sup>00</sup>	Rotbraun Rdbox-Herren-Stiefel	195 <sup>00</sup>
Ia. braun Rdbox-Damen-Stiefel mit extra hoh. Schäften	275 <sup>00</sup>	Ia. braun Rdbox-Herren-Stiefel m. durchg. Doppelsohle, Rahmenarbeit	295 <sup>00</sup>

**Restposten braune Kochschaff-Damenstiefeln 165<sup>00</sup> Mk.**

**Walther Martin**  
Salzgäßchen 3 Leipzig Telephon 2988

Wir bringen  
**15000 Paar Damen- und Kinder-Strümpfe sowie Herren-Socken**  
in reiner Wolle und Baumwolle, in sehr guten Qualitäten, zu ganz billigen Preisen zum Verkauf. Lagerbesuch sehr lohnend. Günstige Einkaufsgelegenheit für Händler und Wiederverkäufer. Beachten Sie unsere 6 Schaufenster.  
**Kaufhaus Gebr. Fried**  
Windmühlenstrasse 1-5, gegenüber der Markthalle.

